



## 8. Sitzung Gemeinderat (2010-2014)

Datum, Zeit:	Montag, 4. Juli 2011, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz:	Rolf Biggel (FDP), Gemeinderatspräsident
Anwesend:	38 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Patrick Angele Marcel Berli
Protokoll:	Marcel Amhof, Gemeinderatssekretär
Stimmzähler:	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Benedikt Stockmann: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Patrick Schnider: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 7. Sitzung vom 9. Mai 2011
3. Interpellation Dominic Müller (CVP) und 8 Mitunterzeichnende „Professionelle Stadtentwicklung und aktive Nutzung Leepünt“ / Beantwortung  
Geschäft Nr. 31/2010
4. Postulat Hans Baumann (SP) und 1 Mitunterzeichner „Budgetierung der Steuereinnahmen“ / Begründung und Überweisung  
Geschäft Nr. 70/2011
5. Postulat Hans Baumann (SP) und 3 Mitunterzeichnende „Nutzung des Flugplatzareals“ / Begründung und Überweisung  
Geschäft Nr. 72/2011
6. Dringliche Interpellation Orlando Wyss (SVP) und 9 Mitunterzeichnende „Militärflugplatz Dübendorf“ / Begründung  
Geschäft Nr. 74/2011
7. Motion Andrea Kennel (SP) „Öko Kompass für Dübendorf“ / Begründung und Überweisung  
Geschäft Nr. 78/2011
8. Dringliche Interpellation Daniel Brühwiler (GEU/glp) und 9 Mitunterzeichnende „Weichenstellung in der Energieversorgung“ / Begründung  
Geschäft Nr. 84/2011
9. Privater Gestaltungsplan „Giessen“ / Genehmigung  
Geschäft Nr. 26/2010



10. Geschäftsbericht 2010 / Genehmigung  
Geschäft Nr. 62/2011
11. Jahresrechnung 2010 / Genehmigung  
Geschäft Nr. 63/2011
12. Sechs Bürgerrechtsgesuche
- 12.1. de Lippe Gabriele sowie das Kind Tristan, deutsche Staatsangehörige, Lerchenweg 2, Dübendorf / Genehmigung  
Geschäft Nr. 51/2011
- 12.2. Carafoli Ernesto, italienischer Staatsangehöriger, Tenmooosstrasse 40a, Gockhausen / Genehmigung  
Geschäft Nr. 56/2011
- 12.3. Pereira Rosa Maria sowie das Kind Murta Pereira Tiago, portugiesische Staatsangehörige, Kunklerstrasse 11, Dübendorf / Genehmigung  
Geschäft Nr. 57/2011
- 12.4. Aho Thomas, Ahlstrand Ann sowie das Kind Aho Amanda, schwedische Staatsangehörige, Gfennstrasse 14c, Dübendorf / Genehmigung  
Geschäft Nr. 66/2011
- 12.5. Djalovic Nikola, serbischer Staatsangehöriger, Stettbachstrasse 40, Dübendorf / Genehmigung  
Geschäft Nr. 67/2011
- 12.6. Emini Atip sowie das Kind Bilon, mazedonische Staatsangehörige, Überlandstrasse 235, Dübendorf / Genehmigung  
Geschäft Nr. 68/2011

## 1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) macht folgende Mitteilungen:

### Personelles

Am 22. Juni 2011 verstarb der ehemalige Gemeinderat Walter Bosshard. Der Verstorbene war von 1982 bis 1994 Mitglied des Stadtparlamentes. Er spreche den Angehörigen im Namen des Gemeinderates sein Beileid aus. Die Anwesenden und erheben sich im Gedenken an Walter Bosshard.

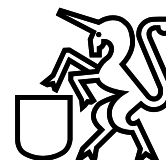
Als Nachfolgerin von Erika Attinger (GEU/glp) ist Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp) seit dem 1. Juni 2011 Mitglied des Gemeinderates. Rolf Angelika begrüsst Angelika Murer Mikolasek an ihrer ersten Ratssitzung und wünscht ihr für Ihre Tätigkeit im Gemeinderat alles Gute. Angelika Murer Mikolasek stellt sich vor.

Gemeinderätin Jacqueline Hofer hat ihren Rücktritt aus der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte eingereicht. Die Interfraktionelle Konferenz wird dem Gemeinderat einen Wahlvorschlag für die Nachfolge von Jacqueline Hofer unterbreiten.

### Neue Geschäfte

#### *Exekutivvorlagen:*

- Die Statutenrevision des Zweckverbandes Sportanlage Dürrbach wurde der GRPK zur Antragstellung an den Gemeinderat überwiesen.



- Der Private Gestaltungsplan Zwicky-Areal Wallisellen/Dübendorf wurde der KRL zur Antragstellung an den Gemeinderat überwiesen.
- 5 Bürgerrechtsgesuche sind vom Stadtrat der BRK zur Antragstellung an den Gemeinderat überwiesen.

#### *Parlamentarische Vorstösse:*

- Schriftliche Anfrage Andrea Kennel (SP) und 5 Mitunterzeichnende „Kostengutsprache“
- Schriftliche Anfrage Max Senn (SP) „Fahrverbot Glattweg“

Diese beiden Schriftlichen Anfragen wurden dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

- Postulat Hans Baumann (SP) und 3 Mitunterzeichnende „Nutzung des Flugplatzareals“
- Dringliche Interpellation Orlando Wyss (SVP) und 9 Mitunterzeichnende „Militärflugplatz Dübendorf“
- Motion Andrea Kennel (SP) „Öko Kompass für Dübendorf“
- Dringliche Interpellation Daniel Brühwiler (GEU/glp) und 9 Mitunterzeichnende „Weichenstellung in der Energieversorgung“

Diese Vorstösse wurden formell geprüft und sind für die heutige Sitzung traktandiert.

- Motion Andrea Kennel (SP) und 2 Mitunterzeichnende betreffend „Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge bei Hort und Mittagstisch“.

Diese Motion wird noch auf ihre formale Richtigkeit überprüft und für die nächste Sitzung des Gemeinderates traktandiert.

Der Stadtrat hat die Schriftliche Anfrage von Hans Baumann (SP) „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit“ beantwortet.

#### Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen:

##### *Hans Baumann (SP):*

„Der Bundesrat hat vor kurzem eine gröbere Wende in Bezug auf die Zukunft des Militärflugplatzes Dübendorf gemacht. Bisher konnten wir davon ausgehen, dass der Flugplatz Dübendorf nach 2014 nicht mehr fliegerisch genutzt wird. Nun sollen VBS und UVEK eine Studie machen und abklären, ob und wie der Flugplatz weiter fliegerisch genutzt werden kann und zwar in einer gemischten zivil-militärischer Nutzung. Dieser Entscheid des Bundesrates hat bei einer Mehrheit der Dübendorfer Bevölkerung Empörung ausgelöst. Der jetzige Fluglärm von Kloten, den Dübendorf tragen und ertragen muss, ist schon viel und genug. Eine weitere militärisch-zivile Nutzung der Flugpisten ist nicht im Interesse unserer Stadt, der anderen Anrainergemeinden und des Kantons. Der Kanton hat das Areal des Flugplatzes im Richtplan längst nicht mehr als Flugplatz sondern für alternative Nutzungen vorgesehen. Wir wollen nicht noch mehr Fluglärm, nicht militärisch und auch nicht zivil. Daher haben wir ein Postulat eingereicht, in dem wir den Stadtrat bitten, sich mit den anderen betroffenen Gemeinden gemeinsam beim Bundesrat gegen eine weitere militärisch-zivile Nutzung des Flugplatzes zu wehren. Nun müssen wir zubilligen, dass der Stadtrat bisher schon klar Position gegen eine weitere fliegerische Nutzung des Flugplatzes bezogen hat. Und in einem Gespräch hat uns der Stadtrat versichert, dass er das auch weiter tun wird und unser Postulat offene Türen einrennt. Es wäre nun kontraproduktiv, wenn unser Postulat abgelehnt würde, weil sich die Stimmen der Flugplatzbefürworter auf der Rechten mit jenen Stimmen kumulieren, die finden, das Postulat sei überflüssig, weil beim Stadtrat offene Türen ingerannt werden. Gegen aussen würde damit vom Gemeinderat ein falsches Signal ausgesendet. Ich ziehe deshalb als Erstunterzeichner das Postulat, das heute als Traktandum 5 behandelt würde, im Einvernehmen mit allen Mitunterzeichnern und Fraktion und zurück. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat sich auch weiter für eine zukunftsgerichtete, sinnvolle Nutzung des Flugplatzareals im Sinne der kantonalen Eckwerte und des Richtplanes einsetzt.“



*Thomas Maier (GEU/glp):*

„Wie sie gesehen haben, stehen respektive standen heute zwei Vorstösse mit unterschiedlichen Stossrichtungen zur Zukunft des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf auf der Traktandenliste. Die angekündigte Absicht des Bundes, den Flugplatz Dübendorf möglicherweise auch für die Zivilluftfahrt zu nutzen, hat allenthalben politische Überreaktionen ausgelöst. Wir von der GEU/glp verurteilen beides; sowohl den Vorstoss des Bundes wie auch die zum Teil völlig unangebrachten Reaktionen darauf. Beides ist weder sach- noch lösungsorientiert. Wir sind empört über diese rückwärtsgewandte Strategie zu Gunsten der Flughafen-Lobby, die genau weiss, dass eine rein militärische Nutzung nie wirtschaftlich sein kann. Damit würden wir hier in Dübendorf und in der Region rund um den Flugplatz mit einem neuen Lärmteppich übersät, und es ist ein Affront gegenüber der Entwicklung der letzten Jahre mit neuen, vor allem privaten Investoren. Mit geradezu riesigem Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass offenbar neben der grössten Partei auch andere Exponenten von anderen Parteien in Dübendorf plötzlich Fan von einer zivilen Nutzung auf dem Militärflugplatz Dübendorf sind. Wir sind ja gespannt, wie sie dies all den Menschen, die in den letzten Jahren in Dübendorf oder Volkswil Millionen in ihr neues Heim oder ihre Firma investiert haben – im Wissen, keinen Fluglärm mehr ertragen zu müssen – und die gute Steuerzahler sind, erklären wollen, dass sie dann neu sonntags oder an sonnigen Sommertagen im Garten sitzend den ganzen Tag mit Fluglärm beschallt werden. Der Stadtrat hat sich bereits länger von einer aviatischen Nutzung auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes verabschiedet, was wir sehr begrüssen. Auch National- und Ständerat, Regierungs- und Kantonsrat wollen keinen Flugbetrieb mehr in Dübendorf und setzen an bester Lage neben EMPA, Eawag, Universität und ETH lieber auf eine innovative Nutzung mit Forschung und Entwicklung eines Drittels des Geländes mit einem Innovationspark und zwei Dritteln Freihaltung. Dies soll attraktive und innovative Arbeitsplätze sowie Wohnraum in höchstem 2000-Watt-Standard und Lebensqualität schaffen und so den Wirtschaftsstandort Schweiz national und international stärken – ganz im Sinne einer exzellenten Standortförderung auch für Dübendorf. Wir danken dem Stadtrat für diesen Einsatz und auch die klaren Worte und die Absage an die neuen Ideen zur Flugplatznutzung des Bundes, und wir werden ihm bei jeder Gelegenheit den Rücken stärken. Wir dürfen eine solche Chance für unsere Zukunft in unserem Dübendorf nicht leichtfertig vergeben und plädieren dafür, kühlen Kopf zu bewahren im Sinne der Sache und ganz ohne Polemik.“

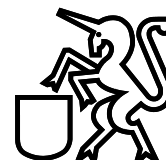
## **2. Protokoll der 7. Sitzung vom 9. Mai 2011**

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 9. Mai 2011 sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

## **3. Interpellation Dominic Müller (CVP) und 8 Mitunterzeichnende „Professionelle Stadtentwicklung und aktive Nutzung Leepünt“ / Beantwortung Geschäft Nr. 31/2010**

Stellungnahme Dominic Müller (CVP):

„Zuerst ganz herzlichen Dank an den Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Die Fragen betrafen zwei unterschiedliche Themenbereiche; die ersten Fragen zur Stadtentwicklung waren langfristig und qualitativ ausgerichtet und die letzten zwei zum Thema Leepünt-Areal waren ganz konkret. Beginnen wir mit den Fragen zum Leepünt. Wir waren positiv überrascht über die unerwartet konkrete Antwort. Die vielen Unterzeichner unserer Petition wie auch die anderen Parteien, die eine Entwicklung des Leepünt wünschen, haben nun eine erste Antwort, die einen ersten konkreten Schritt und dazu einen messbaren Zeitrahmen vorgibt. Wir unterstützen diesen Schritt. Es ist richtig das Areal für die zukünftige



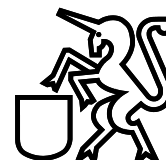
tige Entwicklung frei zu machen. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass für die Institutionen, die die Infrastruktur nutzen, von der Stadt vernünftige das heisst auch bezahlbare Anschlusslösungen sichergestellt werden. Und wir gehen davon aus, dass die weitere Planung zügig und breit abgestützt an die Hand genommen wird. Nun zu den anderen Fragen, den ersten fünf. Wir wollten durch diese Fragen mehr über das Prinzip, die Art und Weise erfahren, wie der Stadtrat Dübendorf entwickeln will. Die Antworten sind alle nicht falsch und decken sich mit dem, was wir grundsätzlich beobachten. Sie lassen aber vermissen, was unseres Erachtens absolut grundlegend wäre für einen Prozess, der nicht den Namen Stadtplanung sondern Stadtentwicklung tragen will: Aufbruchsstimmung und der Wille, Informationen zu teilen und die Bevölkerung proaktiv einzubeziehen, um die Betroffenen zu Beteiligten zu machen; ein Erfolgsfaktor für jeden Entwicklungsprozess. Dieser Prozess kann und darf nicht im stillen Stadtratskämmerchen geschehen, aus dem dann selektiv alle zwei Jahre informiert wird. Nein umgekehrt, es sollte das Öffentlichkeitsprinzip gelten. Visionen und Berichte gehören in das Internet; Massnahmenpläne, deren Fortschritt und wie auch die Zwischenresultate müssen öffentlich zugänglich sein. Wird wie heute üblich nur selektiv informiert, und findet eine Beteiligung nur sporadisch statt, stürzen sich nämlich alle Interessierten gierig auf jedes Stück Information und die Gemeinderäte müssen Lawinen von politischen Vorstössen losretten, um die Informationsbrocken aus dem System heraus zu kriegen. Der notwendige Kulturwandel geht nicht vom einen Tag auf den anderen und verlangt einiges von unseren Stadträten. Die Veranstaltungen zum Verkehrskonzept haben gezeigt, dass viel Energie freigesetzt werden kann, die dann auch ausgehalten werden muss. Es war sicher nicht immer leicht, sich den Bürgern ungefiltert und spontan zu stellen. Aber es ist der engagierte Weg, den sich die Hälfte von Dübendorf wünscht, die ihre Stadt nicht nur verwaltet, sondern gestaltet haben will.“

Das Geschäft Nr. 31/2010 ist damit abschliessend behandelt.

#### **4. Postulat Hans Baumann (SP) und 1 Mitunterzeichner „Budgetierung der Steuereinnahmen“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 70/2011**

Begründung Hans Baumann (SP):

„Mit diesem Postulat möchten wir erreichen, dass der Stadtrat über die Bücher geht und versucht, in den Voranschlägen und Finanzplänen der nächsten Jahre die Steuereinnahmen präziser zu prognostizieren. Wie aus unserer Aufstellung in der Begründung ersichtlich ist, gab es in den letzten Jahren teilweise sehr grosse Abweichungen zwischen den Steuereinnahmen, wie sie budgetiert wurden und den tatsächlich realisierten Steuereinnahmen, wie sie dann schliesslich in der Rechnung erschienen sind. Der Stadtrat war jeweils auch nicht für eine Korrektur des Voranschlags aufgrund der ersten Hochrechnungen bereit und hat an den in der Regel viel zu pessimistischen Einnahmeposten festgehalten. Für uns von der SP/JUSO/GP-Fraktion ist ein starker staatlicher Sektor mit einem gut funktionierenden und bürgernahen Service Public Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt, aber auch für eine florierende Wirtschaft. Dazu gehört, dass unsere Stadt einen gesunden Finanzhaushalt hat, um die kommunalen Dienstleistungen und die nötigen Investitionen zu finanzieren. Der Stadtrat beziehungsweise der zuständige Finanzvorstand hat die finanzielle Situation in den letzten Jahren aber häufig schlechter geredet als sie ist. Die Prognosen und Voranschläge waren chronisch zu pessimistisch. Auch wenn es richtig ist, eher vorsichtig zu budgetieren: Wir haben in diesem Fall den Eindruck, dass das Ganze System hatte und als Vorwand diente, jeweils Sparrunden durchzuführen und das auf Kosten des städtischen Personals, auf Kosten der öffentlichen Dienstleistungen und auf Kosten der Infrastruktur, die nicht erneuert wurde beziehungsweise deren Erneuerung immer wieder aufgeschoben wird. Es wird dem Rat aufgefallen sein, dass dieses Postulat in ungewohnter Weise von Ratsmitgliedern aus zwei Fraktionen eingereicht wurde, die sonst das Heu nicht auf der gleichen



Bühne haben. Tatsächlich wird der Hintergrund, warum die SVP dieses Postulat unterstützt teilweise ein anderer sein, als das, was ich gerade erläutert habe. Es gibt aber durchaus eine wichtige Gemeinsamkeit, die eigentlich im Interesse aller Fraktionen sein sollte: Wir alle sind an einer möglichst realistischen, möglichst präzisen Budgetierung interessiert. Denn Voranschlag und Finanzplan bilden die Grundlage für unsere Entscheide über laufende Ausgaben, über Investitionen und über den Steuerfuss. Diese Entscheide können nur dann verantwortungsvoll gefasst werden, wenn diese Grundlagen auch bei der Einnahmenseite so seriös wie möglich sind. In diesem Sinn bitte ich um Überweisung des Postulats.“

#### Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Der Stadtrat sei nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die entsprechenden Argumente würde er in der Diskussion einbringen.

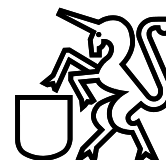
#### Allgemeine Diskussion:

##### *Daniel Brühwiler (GEU/glp):*

„Ich nehme es vorweg, die GEU/glp-Fraktion beantragt ihnen, das vorliegende Postulat nicht zu überweisen. Die Postulanten schreiben, dass der Stadtrat ‚eher vorsichtig als optimistisch budgetiert‘. Aus Sicht der GEU/glp-Fraktion ist das auch richtig so, zumindest solange Dübendorf verzinsliche Schulden ausweist. Wenn die verzinslichen Schulden einmal abgebaut sind, kann der Stadtrat bei der Vorsicht einen Zacken zurückschalten. Weiter schreiben die Postulanten: ‚Die geschätzten Steuereinnahmen bilden die Grundlage für den Spielraum der Stadt bei den Entscheiden über laufende Ausgaben, über Investitionen sowie beim Festsetzen des Steuerfusses, über die der Gemeinderat befinden muss. Diese Entscheide können nur dann verantwortungsvoll gefasst werden, wenn der Voranschlag auch bei den Einnahmen so präzise wie möglich ist‘ Wir meinen: Für die Festsetzung des Steuerfusses oder für die Auslotung des finanziellen Spielraumes der Stadt sind letztlich immer die Zahlen mehrerer Jahre heranzuziehen und somit eine langfristige Optik einzunehmen. Wenn die Postulanten diese Entscheide von präziseren Angaben der Steuereinnahmen im Voranschlag abhängig machen, demonstrieren sie damit, dass sie zu kurzfristigem Denken neigen. Mit Zahlenmagie versuchen die Postulanten, ihrem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. Absichtlich haben sie die Steuereinnahmen nicht in der Summe aller Steuern verglichen, sondern gesondert nach ‚Rechnungsjahr‘, ‚frühere Jahre‘ und ‚Grundsteuern‘. Vor allem bei den Grundsteuern und der Steuern früherer Jahre kann man mit happigen prozentualen Abweichungen auftrumpfen. Ich habe mir die Mühe gemacht, die Zahlen zusammenzuziehen und die prozentualen Abweichungen bei den gesamten Steuereinnahmen zu berechnen. Das Ergebnis: Mit Ausnahme des Jahres 2008 gehen die Abweichungen kaum über 10 Prozent hinaus. Von den reisserischen prozentualen Abweichungen, welche die Postulanten darstellen, sollte sich der Gemeinderat also nicht beeinflussen lassen. Gerade letzten Freitag war im Glattaler ein Bericht über die Gemeindeversammlung in Volketswil. Auch dort hat die Rechnung besser abgeschlossen als budgetiert. Auch dort wird unter anderen als Grund angeführt, dass bei den Steuern früherer Jahre höhere Einnahmen resultierten. Von Kritik war allerdings nichts zu lesen, sondern nur von Zufriedenheit über den guten Rechnungsabschluss. Machen wir es doch wie die Volketswiler und freuen uns über positive Rechnungsabschlüsse. Und verschonen wir die Verwaltung von überflüssigen Arbeiten, die letztlich nur dazu führen, dass die Steuereinnahmen im Voranschlag anders falsch sind als bisher.“

##### *Patrick Walder (SVP):*

„Wie Sie dem Postulat entnehmen können, wurde dieses Postulat von Hans Baumann (SP) und mir eingereicht. Ich denke, es ist ein gutes Zeichen an die Bevölkerung, dass es in der Dübendorfer Politik trotz grosser Grundsatz-Differenzen möglich ist, dass die SP und die SVP gemeinsam ein Postulat einreichen. Es beweist, dass es Hans Baumann und mir um die Sache und nicht um die Partei-



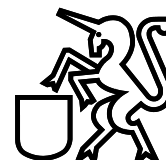
Strategie geht. Es geht uns primär darum, dass der Gemeinderat für die Budgetbehandlung die richtigen Zahlen zur Verfügung hat. Selbstverständlich stecken dahinter auch parteipolitisch Motive. Das diese Motive der SP und der SVP völlig andere sind, ist selbstverständlich und auch offensichtlich. Die SVP vertritt bekanntlich ganz klar die Ansicht, dass die Steuern in Dübendorf massiv gesenkt werden müssen. Es darf nicht sein, dass die Stadt Steuern auf Vorrat einnimmt und somit die Kaufkraft der Bevölkerung und die Attraktivität von Dübendorf unnötigerweise schwächt. Ich mache allerdings nicht nur dem Stadtrat einen Vorwurf, sondern auch Ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dass Sie dieses Spiel, jeden Dezember mitspielen. Dass meine Ausführungen im Dezember 2009 wiederum richtig waren, sehen Sie auch an der Rechnung 2010 welche wir heute behandeln. Hierzu eine Zahl: Steuern früherer Jahre plus 4 Millionen. Heute geht es aber noch nicht um den Steuerfuss sondern um dieses Postulat, welches den Stadtrat auffordert, sich endlich Gedanken zu machen, wie die Einnahmen genauer budgetiert werden können und nachzuweisen aus welchen plausiblen Gründen die Abweichungen entstanden sind. Dass der Stadtrat nun die Nicht-Überweisung des Postulats beantragt ist für mich nicht nachvollziehbar. Entweder hat der zuständige Stadtrat zu wenig Zeit sein Amt korrekt auszuführen, oder es fehlt ihm an der nötigen Kompetenz, oder er ist aus politischen Gründen nicht gewillt, die Einnahmen korrekt zu budgetieren. Ich hoffe sehr, dass es am Willen fehlt. Alles andere wäre aus meiner Sicht für einen Stadtrat in einem solch wichtigen Ressort nicht tragbar. Sicher werden wir nach Überweisung dieses Postulat die Gründe für die Fehlbudgetierungen erfahren. Ich bitte Sie, wie es Hans Baumann schon gemacht hat, auch im Namen der SVP dieses Postulat zu überweisen. Weiter fordere ich Sie auf, im Dezember an dieses Postulat und an die Rechnung 2010 zu denken und endlich die nötigen Konsequenzen zu ziehen.“

*Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):*

Er habe zwar damit gerechnet, dass das Niveau der Diskussion tief sein werde, jedoch nicht gerade so tief. Er könne sich an verschiedene Stimmen im Gemeinderat erinnern, die während der Finanzkrise 2008 von der grössten Krise seit den 30er-Jahren gesprochen hätten. Im Gemeinderat hiess es damals, der Stadtrat sei bei der Beurteilung der Finanzsituation zu optimistisch. Zum Glück sei die Stadt Dübendorf von der Finanzkrise lediglich gestreift worden, auch dank politischer Besonnenheit. Die Schätzung der Steuereinnahmen sei im Jahr 2009 nicht so schlecht gewesen, bevor es im Jahr 2010 zu markanten Abweichungen nach oben kam. Auch im Bund, wo teure Experten die Schätzung der Steuereinnahmen vornehmen, habe eine Abweichung nach oben festgestellt werden können, und auch im Kanton Zürich habe man danebengelegt. In Dübendorf würden die Steuereinnahmen durch den Finanzvorstand und den Abteilungsleiter Steuern prognostiziert. Man habe als Instrument einen einzigartigen Finanzplan mit verschiedenen Szenarien ausgearbeitet und kommuniziere die Zahlen aus den Hochrechnungen transparent. Die Postulanten hätten verschiedene Motive für ihren Vorstoss. Die einen möchten die Steuern genauer schätzen, damit sie anschliessen mehr Ausgaben beschliessen könnten. Die andere Seite möchte den Steuerfuss senken. Dies wollten eigentlich alle, nur müsste dann auch der Aufwand und die Investitionen gesenkt werden. Der Stadtrat sei mitten im Budgetprozess, und er hoffe, dass die GRPK im Voranschlag auch Bereiche überprüfe, die nicht direkt durch den Stadtrat beeinflusst werden könnten. Bei einer Überweisung des Postulates würde er den Auftrag des Parlamentes ernst nehmen und Externe mit der Budgetierung der Steuereinnahmen beauftragen. Er glaube jedoch nicht, dass es dadurch ein genaueres Resultat gebe. Man könne zudem froh über Abweichungen bei den Steuereinnahmen sein, da dadurch die Stadt Dübendorf die Schulden habe verringern können. Man erkenne heute, dass das Hauptrisiko die Verschuldung der öffentlichen Hand sei. In Dübendorf habe man jedoch die Finanzen unter Kontrolle.

*Hans Baumann (SP):*

Martin Bäumle habe in seinem Votum sicher Vieles richtig gesagt, jedoch weise er den Vorwurf zurück, dass es ihm um eine möglichst optimistische Budgetierung der Steuereinnahmen ginge. Er wolle realistische Zahlen, keine Übertreibung. Zur Situation beim Bund und im Kanton, welche mit der Budgetierung der Steuereinnahmen auch danebengelegt hätten: Der Bund habe aus diesen Abwei-



chungen gelernt und Konsequenzen gezogen. Die Budgetierung der Einnahmen würde überprüft und neu aufgegleist. Weshalb sollten das nicht auch kleinere Städte wie Dübendorf so machen?

*Patrick Walder (SVP):*

Er verstehe nicht, wie man gegen die Überweisung des Postulates sein könne. Was sei denn an einer Überprüfung der Budgetierung der Steuereinnahmen negativ? Zu den Ausführungen von Martin Bäumle: Seit dem Jahr 2000 belaufen sich die Budgetabweichungen auf mehr als 100 Millionen Franken, was die Relevanz des Vorstosses deutlich mache. Der Frage des Steuerfusses sei eine andere Diskussion, ihm ginge es beim vorliegenden Geschäft aber nur um die Methode zur Budgetierung von Steuereinnahmen.

*Thomas Maier (GEU/glp):*

Er sei im Kantonsrat in der Finanzkommission, und auch da sei die Genauigkeit bei der Budgetierung ein Thema. Auch im Kanton gebe es grosse Abweichungen zu verzeichnen. Er gebe Martin Bäumle folgenden Ratschlag: Dieser solle es wie Regierungsrätin Ursula Gut machen und 2 bis 3 Experten engagieren. Diese würden dann die Methode zur Budgetierung der Steuereinnahmen überprüfen. Ursula Gut habe genau dies gemacht und hat für ihre Amtsführung einen Persilschein erhalten. Im Sinne der Steuerzahler sei das Engagement externer Experten jedoch nicht.

*Theo Johner (BDP):*

Er sei erstaunt über die heftige Diskussion. Er unterstütze das Postulat, da es ihn interessiere, wie die Zahlen zu den Steuereinnahmen zu Stande kämen.

*Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):*

Die Steuereinnahmen würden wie folgt budgetiert: 1. Die Steuern aus dem aktuellen Jahr könnten relativ genau berechnet werden. 2. Die Vorjahressteuern seien schwierig zu schätzen, es gebe monatlich eine Übersicht über die Steuereinnahmen aus Vorjahren. 3. Aktive und passive Steuerauscheidungen seien auch abhängig von anderen Gemeinden. Man wisse deshalb nicht, wann und wie viel Einnahmen daraus resultierten, und man könne nicht mehr machen als bei anderen Gemeinden und Firmen anfragen und daraus eine Prognose zu wagen. 4. Die Grundsteuern seien von den entsprechenden Fällen abhängig. 5. Die grösseren Steuerzahler versuche man möglichst gut zu schätzen, man könne bei der Berechnung eine variable Bandbreite einfügen. Unrealistische Zahlen in die Budgetierung der Steuereinnahmen einzubringen erachte er auch nicht als sinnvoll. Er glaube, dass auch externe Experten nicht ein anderes Resultat erzielen würden. Es sei zudem auch nicht möglich, andere Kennzahlen zu finden, mit denen man genauere Annahmen treffen könnte.

*Andrea Kennel (SP):*

Sie sei erstaunt und verwirrt, dass der Stadtrat einerseits nicht bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen und zu beantworten, andererseits den Vorstoss aber gleich ad hoc beantworte.

Abstimmung / Beschluss:

Das Postulat Hans Baumann (SP) und 1 Mitunterzeichner „Budgetierung der Steuereinnahmen“ wird mit 23 zu 14 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.





**5. Postulat Hans Baumann (SP) und 3 Mitunterzeichnende „Nutzung des Flugplatzareals“ / Begründung und Überweisung  
Geschäft Nr. 72/2011**

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) teilt mit, dass dieses Geschäft gemäss der Fraktionserklärung von Hans Baumann (SP) zu Beginn der Sitzung das Postulat zurückgezogen worden ist. Das Geschäft sei deshalb abschliessend behandelt.

Allgemeine Diskussion:

*Orlando Wyss (SVP):*

Er begreife es, wenn die Postulanten kalte Füsse erhalten und das Geschäft zurückgezogen hätten. Er sei aber der Meinung, dass es gut wäre, über das Geschäft zu diskutieren, da in der Diskussion gezeigt werden könne, dass die Postulanten falsch lägen. Er beantrage, dass das Geschäft behandelt und diskutiert werde.

*Andrea Kennel (SP):*

Sie weise darauf hin, dass Änderungen zur Traktandenliste zu Beginn der Sitzung beantragt werden müssten.

*Orlando Wyss (SVP):*

Das Geschäft habe auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung gestanden, und er möchte es deshalb wieder traktandieren.

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) bricht die Diskussion zum zurückgezogenen Postulat ab.

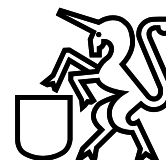
**6. Dringliche Interpellation Orlando Wyss (SVP) und 9 Mitunterzeichnende „Militärflugplatz Dübendorf“ / Begründung  
Geschäft Nr. 74/2011**

Begründung Orlando Wyss (SVP):

„Der Regierungsrat hat vor einiger Zeit eine Testplanung in Auftrag gegeben, wie das Areal des Flugplatzes Dübendorf in Zukunft genutzt werden könnte. Ausschlaggebend war die zu dieser Zeit amtierende Führung unserer Landesverteidigung, welche sich unter dem Druck auf das Budget des VBS und unter Liebäuglung mit Nato-kompatiblen Plänen die Kooperation unserer Armee in einen gross-europäischen Militärverbund vorstellen konnten. Das Duo VBS-Chef Schmid und Armeechef Keckeis hat es fast geschafft, unsere Armee an die Wand zu fahren. Aus ihrem Gesichtspunkt heraus war es sinnvoll, den Militärflugplatz Dübendorf zu schliessen und unsere Luftwaffe mit weniger Stützpunkten in diese Einheit zu integrieren. Zum guten Glück ist diese Sichtweise mittlerweile korrigiert worden. Doch unser Regierungsrat wie auch die Mehrheit unseres Stadtrates nahmen diese Sichtweise dankbar auf. Auch für die Gilde von Architekten und Planern war diese Vorgabe der Startschuss für Ideenwettbewerbe der besonderen Art. Dabei war die Ausgangslage eigentlich klar. Das Areal des Flugplatzes Dübendorf wird seit Jahrzehnten militärisch genutzt und ist im Besitz des Bundes. Der Bundesrat hat das Stationierungskonzept der Armee bezüglich des Militärflugplatzes Dübendorf bisher nie geändert. Und die Piste des Flugplatzes Dübendorf ist immer noch im Richtplan des Kantons Zürich enthalten. Trotz all dieser Vorgaben hat der Regierungsrat aufgrund der Testplanungen eine Nutzung ohne Aviatik vorangetrieben, welche er im letzten Mai bekannt gab. Für die Planung der Jahre 2010 bis 2011 hat der Regierungsrat 400'000 Franken gesprochen, welche mit 30 Prozent von den Anrainergemeinden Dübendorf, Volketswil und Wangen-Brüttisellen mitgetragen werden sollen.



Voraussehbar wird diese Summe für die Jahre 2012 und später um den gleichen Betrag erweitert. Das heisst, dass Dübendorf für 2010 und 2011 40'000 Franken und später nochmals mindestens diesen Betrag beisteuern soll. Dem VBS sind diese Bestrebungen nicht verborgen geblieben. Es hatte in der regierungsrätlichen Planungsgruppe immer Beobachter dabei. Als das VBS merkte, dass die Planungen des Regierungsrates und den Planungs-Hardcore-Verfechtern in eine völlig falsche Richtung liefen, hat es gehandelt. Der Bundesrat hat dem VBS und dem UVEK den Auftrag gegeben, eine Studie zu erstellen. Unter der Voraussetzung, dass der militärische Flugbetrieb maximal im heutigen Rahmen mit Helikoptern und Flächenflugzeugen weitergeführt und die bestehende Rega-Basis weiterbetrieben wird, liegt die Untersuchung bis Ende 2011 vor. Für mich und auch für die SVP Dübendorf ist es klar, dass diese Studie darauf hinausläuft, aufzuzeigen, wie die Mitfinanzierung von zivilen Partnern für den militärischen Flugbetrieb auf dem Flugplatz Dübendorf möglich ist. Denn eines ist klar. Das VBS kann den Unterhalt des Flugbetriebes auf dem Areal nicht mehr alleine finanzieren. Das bedingt private Partner, welche diese Finanzierung ermöglichen. Die Task Force Flugplatz Dübendorf hat schon bei den Planungen des Regierungsrates die richtigen Eckwerte gesetzt und wird sich auch bei den Planungen der Bundesbehörden einbringen. Die Finanzierung des privaten Teils soll nicht mit Einnahmen von übermässiger Anzahl von Landegebühren erfolgen. Dadurch, dass mit hoher Wertschöpfung des Areals durch innovative Luftfahrtfertigungs- und Unterhaltsbetriebe, sowie Hightech-Unternehmungen, aviatiknahen Betrieben und Forschungsprojekten die Finanzierung nicht auf die Anzahl Flugbewegungen fixiert ist, garantiert, dass der Flugplatz Dübendorf als Werkflugplatz zu Bürozeiten von Montag bis Freitag betrieben werden kann. Aus diesem Grund soll der Stadtrat von Dübendorf die Zahlung für die regierungsrätliche, falsche Planung einstellen, bis die Studie des VBS und des UVEK vorliegt, welcher dem Bundesrat die Grundlage für das definitive Stationierungskonzept gibt. Würde der Bundesrat entscheiden, dass der Flugplatz Dübendorf auch weiterhin militärisch-aviatisch genutzt wird, was abzusehen ist, wären alle Steuergelder, welche für diese fehlgeleitete Planung ausgegeben würden, hinausgeschmissenes Geld des Steuerzahlers. Unser Stadtpräsident operiert in seinem Kampf für die Architekten- und Planungslobby mit der nachweislich falschen Zahl von 80'000 Flugbewegungen, welche für einen zivil genutzten Flugbetrieb auf dem Flugplatz Dübendorf notwendig wären. Diese Zahl stammt aus einer Power-Point-Präsentation, welche interessierte Kreise ohne wissenschaftlichen Hintergrund präsentierten. Der Regierungsrat hat für die Beurteilung der aviatischen Nutzung seiner Testplanungen eine wissenschaftliche Studie bei der Universität St. Gallen in Auftrag gegeben. Diese Studie von Dr. Andreas Widmer, Dr. Robert Weinert und lic. oec. Daniel Romer, welche auch diesen Aspekt untersuchte, hat keinen Hinweis gegeben, welcher nur annähernd eine solche Zahl rechtfertigen würde. Dazu habe ich vom Chef der Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein ein E-Mail erhalten, welches sehr aufschlussreich ist. Ich lese dies im Original-Wortlaut vor: ‚Sehr geehrter Herr Wyss, Nach der Lektüre Ihres Vorstosses bezüglich Flugplatz Dübendorf erlaube ich mir, Ihnen ein paar Zeilen zu schreiben, welche die schlicht falschen und demagogischen Angaben widerlegen: Die Behauptung, dass erst bei 80'000 Bewegungen die Rentabilitätsschwelle des Flugplatzes erreicht würde, ist läppisch. Bei einer tief gerechneten Landegebühr von 500 Franken für einen Businessjet über 5 Tonnen würde dies 40 Millionen Franken Landegebühren ausmachen, abgesehen von zu verrechnenden De-Icing, Towing, Refuelling etc., was nochmals einen ausserordentlich grossen Einnahmenbestandteil darstellt. Davon abgesehen machen die Landegebühren nur einen relativ kleinen Prozentsatz am Gesamtertrag eines Flughafens aus. Als FFA-Altenrhein-VR-Delegierter und ehemaliger VR-Delegierter des Flugplatzes Altenrhein kann ich Ihnen versichern, dass Altenrhein mit einem Bruchteil dieser vom Kanton Zürich und Ihnen publizierten Bewegungen auskommt und mit einem fähigen Management ein ausserordentlich rentabler Flughafen ist, der überdies noch sämtliche Schengen-Auflagen erfüllt. Mit freundlichen Grüessen, Carl M. Holliger, Delegierter des Verwaltungsrates der FFA-Gruppe (Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein).‘ Ich weise darauf hin, dass nach den Plänen der Befürworter des Flugplatzes Dübendorf die Nutzung des Areals von Dübendorf als reiner Werkflugplatz geplant ist und sich vom Businessmodell des Flugplatzes Altenrhein unterscheidet. Was wir in Zukunft nicht mehr unwidersprochen hinnehmen werden, ist eine völlig aus der Luft gegriffenen Behauptung von Behördenvertretern, welche mit einer Zahl von 80'000



Flugbewegungen operieren, um der Bevölkerung mangels anderer Argumente Angst und Schrecken einzujagen. Wir erwarten eine fundierte Erklärung, wieso unser Stadtpräsident mit dieser Zahl Lobbying betreibt. Da es ihm nicht gelingen wird, in seiner Interpellationsantwort dies zu belegen, wird eine weitere Benutzung dieser falschen Flugbewegungszahlen klare und unmissverständliche Reaktionen der SVP Dübendorf zur Folge haben. Als Stadtpräsident von Dübendorf hat Lothar Ziörjen, zusammen mit der Mehrheit des Stadtrates, am 18. Dezember 2007 vom VBS verlangt, dass die militärische Aviatik nach 2014 in Dübendorf keinen Platz mehr habe. In dem Schreiben wird auch das Projekt Innovationspark Dübendorf erwähnt, welches unterstützt werden sollte. Zu der Vorstellung dieses Projektes wallfahrte unser Stadtpräsident nach Bern, um Nationalrat Ruedi Noser tatkräftig zu unterstützen. Von einem Tag auf den anderen änderte unser Stadtpräsident seine Meinung und mass unserer Landesverteidigung und den Interessen unseres Landes keinen Stellenwert mehr bei. Sollte die Studie des Bundes diese wichtigen Gründe für einen Weiterbetrieb des Militärflugplatzes Dübendorf anders gewichten als der Stadtpräsident und die von ihm beeinflusste Mehrheit des Stadtrates, ist es wichtig zu wissen, wie der Stadtrat mit dem verspielten Vertrauen der Armee und der Luftwaffe umgeht. Was wären die konkreten Schritte des Stadtrates, dieses Vertrauen wieder herzustellen? Auch möchten wir vom Stadtrat wissen, wieso in seinen Überlegungen die Aspekte der Sicherheit unserer Region und unseres Landes keine Rolle gespielt haben. Wir sind gespannt auf die Antworten des Stadtrates.“

Die dringliche Interpellation „Militärflugplatz Dübendorf“ ist damit durch den Stadtrat gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates Artikel 51, Ziffer 4 innert 2 Monaten zu beantworten.

## **7. Motion Andrea Kennel (SP) „Öko Kompass für Dübendorf“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 78/2011**

### Begründung Andrea Kennel (SP):

„Was geschieht mit unserer Wirtschaft, wenn der Strompreis steigt? Die grossen Firmen werden versuchen Preise zu verhandeln, um weiterhin günstigen Strom zu beziehen. Wir kleineren Firmen haben diese Möglichkeit nicht. Die grossen Firmen werden ihre internen Spezialisten darauf ansetzen nach Stromsparmöglichkeiten zu suchen. Wir kleineren Firmen haben diese Möglichkeit nicht. Ja, ich spreche in der Wir-Form, denn ich spreche als Unternehmerin und Inhaberin eines Dübendorfer KMU. Wie komme ich überhaupt auf die Idee, dass der Strompreis steigen könnte? Zusammen mit der Diskussion über Kernenergie wurde klar, dass der Strompreis für Kernenergie zu tief ist und steigen wird. Weiter ist bekannt, dass in Dübendorf alle Haushalte momentan keinen Strom aus Kernenergie beziehen, das gilt aber nur für Haushalte. Der Strommix für Firmen enthält Strom aus Kernenergie. Steigen die Preise für Strom aus Kernenergie, so ist in Dübendorf vor allem die Wirtschaft betroffen. Nun ist bekannt, dass 98 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz KMU sind. Wie der Prozentsatz in Dübendorf genau ist, weiss ich nicht; doch weiss ich, dass es auch in Dübendorf viele KMU, also viele kleine Firmen gibt. Was machen diese, wenn der Strompreis steigt? Eine Möglichkeit ist jammern. Eine bessere Möglichkeit und auch ökologisch sinnvolle Möglichkeit ist, den Stromkonsum zu reduzieren. Dafür brauchen die KMU aber Unterstützung. Der Öko-Kompass berät KMU im Bereich Umweltberatung. Diese beinhaltet natürlich nicht nur den Stromkonsum, sondern eine generelle Umweltberatung. Doch auch bei der generellen Umweltberatung werden wohl die meisten KMU keine internen Spezialisten haben. Eine Umweltberatung kann daher für KMU und auch für die Umwelt interessant sein. Wenn ein KMU sieht, wo einfach umweltgerechter gearbeitet werden kann, so ist das sicher ökologisch sinnvoll. Mit dem Beispiel des Strompreises ist aber auch klar, dass eine Umweltberatung auch ökonomisch, also wirtschaftlich sinnvoll sein kann. So haben wir eine win-win Situation für die Umwelt und für die Wirtschaft. Es kommt aber noch ein drittes Win dazu: Dübendorf



zeigt mit einer Umweltberatung für KMU seine Attraktivität. Daher bitte ich den Gemeinderat, die Motion zu überweisen, damit wir KMU in Dübendorf bald eine Umweltberatung in Anspruch nehmen können.“

#### Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Er sei der Meinung, dass das Thema eine Diskussion Wert sei. Der Stadtrat sei aber nicht bereit, den Vorstoss als Motion, sondern als Postulat entgegenzunehmen.

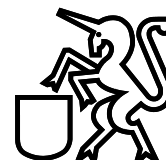
#### Allgemeine Diskussion:

##### *Hans-Felix Trachsler (SVP):*

„So schön, die Idee des Öko Kompasses ist und tönt, die SVP Fraktion unterstützt die zur Diskussion stehende Motion nicht und zwar aus folgenden Überlegungen: Bei jeder neuen staatlichen Aufgabe ist kritisch die Frage zu beantworten, ob die damit verbundene Ausdehnung der Staatsquote vertretbar ist und ob, die damit eingesetzten Steuermittel zielgerichtet und effizient eingesetzt werden. Wenn die auf dem Internet zugänglichen Informationen über den Öko Kompass der Stadt Zürich betrachtet werden, darf festgestellt werden, dass im letzten Jahr lediglich 103 Beratungen stattfanden. Das ist im Vergleich zur Grösse der Stadt Zürich mit ihrer grossen Zahl an Unternehmen sehr bescheiden. Das Angebot besteht seit 2009. Ein Schwergewicht bildete der Energiebereich, insbesondere bei Bauten. Ich denke, dass heute alle Bürger und Chefs von KMU für Energiefragen auch aus Kostengründen sensibilisiert sind. Nach meiner Einschätzung nehmen sie ihre Eigenverantwortung wahr und klären bei Investitionsvorhaben die Energieaspekte auch aufgrund der bestehenden Vorschriften immer ab. Informationen sind ausreichend vorhanden und leicht zugänglich. Ein weiteres Gebiet ist die Entsorgung und Abfallwirtschaft. Auch in dieser Sparte sind Informationen leicht zugänglich. Etablierte Unternehmen im Recycling-Bereich nehmen seit Jahrzehnten tagtäglich ihre Verantwortung wahr. Sie informieren und beraten ihre Kunden und Geschäftspartner seit eh und je über die zeitgemässe und umweltgerechte Entsorgung und erbringen damit eine wertvolle Dienstleistung ohne öffentlichen Öko Kompass. Ich bin sicher, dass Gemeinderatskollege Daniel Griesser bereit wäre, das eine oder andere Detail aus seiner Berufstätigkeit zu erzählen. Bei einer näheren Betrachtung würde eine neue Stelle im Dübendorfer Stadthaus nur ineffiziente Doppelspurigkeiten schaffen. Deshalb ist die Motion abzulehnen.“

##### *Valeria Rampone (GEU/glp):*

„Umweltschutz und der sparsame Umgang mit Energie lohnen sich je länger, je mehr. Sie lohnen sich, weil die Umwelt geschont wird, und sie lohnen sich, weil man Geld sparen kann. Viele Menschen sind mittlerweile sensibilisiert für das Thema und machen sich zum Beispiel Gedanken über ihren Energieverbrauch. Gerade für Betriebe, wo man die Ausgaben immer im Auge behalten müssen, sind zum Beispiel die Energiekosten ein Posten auf der Ausgabenseite, der in Zukunft voraussichtlich wachsen wird. Energie wird kurz- bis mittelfristig teurer. Aber wo soll man ansetzen, um möglichst erfolgreich zu sparen? Als Inhaber eines KMU verfügt man wahrscheinlich nicht über das nötige Fachwissen, um geeignete Massnahmen zu erkennen und umzusetzen. Ausserdem nimmt man sich selber in der Regel die Zeit nicht, systematisch alle Tätigkeiten und die Infrastruktur nach Effizienzpotential abzusuchen: Welche Verbesserungen sind im Bereich Mobilität möglich, macht eine energetische Gebäudesanierung Sinn, wo können im Produktionsprozess Energie und andere Ressourcen gespart werden? Solche Fragen können bspw. die Experten der Fachstelle Öko Kompass in Zürich beantworten, welche die Stadt den Betrieben zur Verfügung stellt. Sie kommen vor Ort in den Betrieb, machen eine Standortbestimmung und zeigen Optimierungsmöglichkeiten auf. Das alles zu einem absolut fairen Preis. Das ist ein bestechend einfaches, intelligentes und wirksames Instrument, das die Unternehmen unterstützt, Geld zu sparen und die Umwelt zu schonen. Die GEU/glp findet es eine gute Idee, dass die Stadt Dübendorf die Einführung einer solchen Umweltberatung prüft. Insofern sind wir der



Meinung, dass ein Postulat das geeignete politische Instrument für diesen Vorstoss ist. Damit ein solches Angebot auch erfolgreich ist, muss es bekannt sein. Es ist also wichtig, dass bei der Prüfung durch den Stadtrat auch untersucht wird, wie die KMU über die Umweltberatung informiert werden sollen. Sinnvoll wäre allenfalls auch eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, warum nicht unter der Schirmherrschaft von Glow.das Glattal? Dieses hat sich ja die unter anderem die Entwicklung der Wirtschaft als wichtigen Pfeiler auf die Fahne geschrieben. Es lohnt sich wohl auch, eine Zusammenarbeit mit dem Öko-Kompass in der Stadt Zürich anzuschauen und sich im Netzwerk Energiestadt umzuhören und umzuschauen, um von ihren Erfahrungen und Angeboten zu profitieren. Man muss das Rad ja nicht neu erfinden, vor allem dann nicht, wenn es sich um ein vollständig aus nachwachsenden Rohstoffen gefertigtes und 100 Prozent ökologisch abbaubares Rad handelt, das ausschliesslich mit erneuerbaren Energien angetrieben wird.“

*Andrea Kennel (SP):*

Sie danke dem Stadtrat, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Sie sei mit einer Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Als Ergänzung zu den Ausführungen von Hans-Felix Trachsler könne sie anbringen, dass ein KMU mit sieben Mitarbeitenden keine Kapazität habe, um zu prüfen, in welchen Bereichen etwas unternommen werden könne.

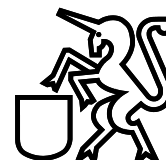
Abstimmung / Beschluss:

Das Postulat Andrea Kennel (SP) „Öko Kompass für Dübendorf“ wird mit 20 zu 15 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

## **8. Dringliche Interpellation Daniel Brühwiler (GEU/glp) und 9 Mitunterzeichnende „Weichenstellung in der Energieversorgung“ / Begründung Geschäft Nr. 84/2011**

Begründung Daniel Brühwiler (GEU/glp):

„Die Havarie im AKW Fukushima hat die Energiefrage einmal mehr ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt, sowohl international als auch national. Die Problemstellung und auch die vorgespurten Beschlüsse auf nationaler Ebene stellen aber auch die Kantone und die Gemeinden langfristig vor grosse Herausforderungen. Das zentrale Ziel dieser Interpellation ist es, herauszufinden, wie der Stadtrat diese Herausforderungen angehen will. Als erstes stellt sich die Frage, wie die Stadt mit dem Stromverbrauch in den eigenen Gebäuden und Betrieben umgeht. Dabei müssen wir nicht bei null beginnen. Man kann zum Beispiel im Umweltbericht blättern, um etwas über den Energie- und im Speziellen über den Stromverbrauch der Stadt Dübendorf zu erfahren. Zum Beispiel die ARA Neugut: Da erfährt man, dass die ARA im 2009 etwa 2.9 Millionen Kilowattstunden Strom von den Glattwerken bezogen hat. Das ist kein Pappenstiel, sondern entspricht nahezu 2 Prozent des von der Glattwerk AG verkauften Stromes. Die ARA ist damit ein Grossverbraucher. Dem Umweltbericht kann man ebenfalls entnehmen, dass die ARA zwischen 2007 und 2009 den Stromverbrauch um 0,8 Millionen Kilowattstunden gesenkt hat. Das ist ebenfalls kein Pappenstiel und an sich eine erfreuliche Tatsache. Es stellt sich aber die Frage, wie eine so grosse Strommenge über Jahre einfach ohne Notwendigkeit verschleudert werden konnte. Dazu kommt, dass die Einsparung nicht dank Anstrengungen des Stadtrates zustande gekommen ist. Zufällig hatte man einen neuen Betriebsleiter eingestellt, welcher das Effizienzpotential erkannte. Da stellt sich natürlich schon die Frage: Wie verhält sich der Stromverbrauch in den übrigen städtischen Betrieben und Liegenschaften? Und welche Einsparpotentiale sind dort vorhanden? Im Übrigen muss man auch da nicht bei null anfangen. Bereits im Umweltbericht 2004 waren Energiebilanzen (Wärme und Strom) aus einer Energiebuchhaltung von städtischen

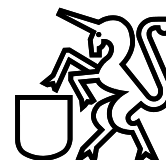


Liegenschaften publiziert. Nur wurde nie über die Weiterführung dieser Bilanzen informiert. Auch nicht über Einsparerfolge oder wenigstens Einsparpotentiale. Mit der ersten Frage soll diese Lücke geschlossen werden. Denn je effizienter der Strom eingesetzt wird und je kleiner dann der Verbrauch ist, umso einfacher wird es sein, einen Absenkpfad für Atomstrom zu beschreiten und schliesslich vom Atomstrom wegzukommen. Bei der zweiten Frage geht es um den stadteigenen Stromverkäufer, die Glattwerk AG. Diese haben kürzlich publiziert, dass sie für Haushaltkunden Wasserkraftzertifikate erworben haben. Dies ist speziell im gegenwärtigen Umfeld als erfreulich und als Schritt in die richtige Richtung zu werten. Zu bedenken ist aber, dass die Massnahme befristet ist bis 2013 und nur für die Haushaltkunden gilt, welche etwas mehr als ein Viertel des Stromkonsums ausmachen. Die übrigen Stromkonsumenten, insbesondere die Gewerbe- und Industriebetriebe, müssten Strom aus Wasserkraft explizit bestellen und dafür einen Aufpreis zahlen. In einer langfristigen Optik werden Geschäftsleitung, Verwaltungsrat und auch der Stadtrat zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen. Zu bedenken ist, dass gemäss Umweltbericht 2009 der Stromverbrauch in absoluten Zahlen, aber eben auch der pro-Kopf-Verbrauch immer noch steigende Tendenz aufweisen. Da stellt sich sicher die Frage, ob ein Geschäftsmodell, dessen Erfolg von möglichst viel verkaufter Energie abhängt, langfristig eine Zukunft hat. Zu überlegen ist da sicher ein Einstieg ins Beratungsgeschäft. Dies trifft übrigens im gleichen Masse auch für die Gassparte zu. So könnte die Glattwerk AG etwa in einem Vertrag die Verantwortung für den Komfort in Gebäuden übernehmen, also Heizen im Winter, Kühlen im Sommer und die Beleuchtung. So könnte der Erfolg von der verkauften Energiemenge abgekoppelt werden. Bei der dritten und sechsten Frage geht es um den zukünftigen Umgang mit Energielabels. Auch da müssen wir bekanntlich nicht bei null anfangen: Wir haben ja das Label Energiestadt. Mit der dritten Frage wollen wir herausfinden, ob der Stadtrat beim Massnahmenprogramm für das Label Energiestadt Anpassungen vornehmen will, um auf die neuen Randbedingungen im Strombereich zu reagieren. Oder kann sich der Stadtrat vorstellen, noch einen Schritt weiter zu gehen und den Covenant of Mayors zu unterzeichnen. Dieser steht für 20 Prozent mehr Energieeffizienz, 20 Prozent mehr erneuerbare Energie und 20 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoss, deshalb auch abgekürzt als ‚3x20‘. Eine solche Verpflichtung wäre einerseits ein starkes Signal für eine sinnvolle Kursanpassung, würde andererseits Dübendorf im Vergleich zum Energiestadt-Label erweiterte Möglichkeiten bieten für den Erfahrungsaustausch mit gleichgesinnten Städten und Gemeinden. Kommen wir zur vierten Frage, vielleicht eine etwas ungewöhnliche Frage, denn sie betrifft die Volksinitiative ‚2000-Watt-Gesellschaft‘ für Dübendorf und der Stadtrat hat dazu schon einmal Stellung genommen. Zwar bezieht sich die 2000-Watt-Gesellschaft nicht ausschliesslich auf den Stromverbrauch, sondern auf den Energieverbrauch allgemein. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die genannte Volksinitiative mit der Anpassung der Gemeindeordnung und der 2000-Watt-Kommission und mit ihrer langfristigen Ausrichtung einen ausgezeichneten Rahmen bietet für die jetzt anstehenden Herausforderungen im Elektrizitätsbereich. Nachdem diesbezüglich auf nationaler Ebene einige Parteien und Mandatsträger nach Fukushima ihre Meinung geändert haben, erlauben wir uns, dem Stadtrat, diese Gretchenfrage zu stellen.“

Die dringliche Interpellation „Weichenstellung in der Energieversorgung“ ist damit durch den Stadtrat gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates Artikel 51, Ziffer 4 innert 2 Monaten zu beantworten.

## **9. Privater Gestaltungsplan „Giessen“ / Genehmigung Geschäft Nr. 26/2010**

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Beratung haben die Referenten der KRL-Mehrheit bzw. -Minderheit und allenfalls weitere Kommissionsmitglieder das Wort. Danach hat der Stadtrat die Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor die Allgemeine Diskussion offen ist. Änderungsanträge sind bei einem Privaten Gestaltungsplan nicht möglich. Der Gemeinderat kann damit dem Privaten Gestaltungsplan zustimmen, den

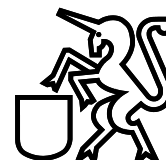


Privaten Gestaltungsplan ablehnen oder das Geschäft dem Stadtrat zurückweisen. Das Abstimmungsverfahren sieht vor, dass zuerst über einen allfälligen Rückweisungsantrag abgestimmt wird, anschliessend über die Genehmigung des Gestaltungsplanes.

Gegen diesen Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren gibt es keine Einwände.

Referent KRL-Mehrheit Orlando Wyss (SVP):

„Der Stadtrat empfiehlt Ihnen, dem Gestaltungsplan Giessen zuzustimmen, welcher im Zusammenhang mit dem Projekt auf dem Areal Giessen, gestützt auf das Planungs- und Baugesetz § 86, folgende Planungsmittel umfasst: 1. Den privaten Gestaltungsplan Giessen auf den Grundstücken Kat.-Nr. 17055 und 17059, bestehend aus dem Situationsplan 1:1000 vom 3. September 2010 und den zugehörigen Vorschriften vom 3. September 2010. 2. Der Zonenplanänderung gemäss Plan 1:2500 auf Kat.-Nr. 17055, 17059 und 17060. 3. Der Anpassung der Bauordnung Art. 39 (Hochhäuser). Der Gestaltungsplan sowie die Änderung des Zonenplans und der Bauordnung bedürfen gemäss §89 PBG der Genehmigung durch die Baudirektion des Kantons Zürich und treten nach der entsprechenden öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Zu der Vorgeschichte: Das Areal, von dem wir heute sprechen umfasst die nicht überbauten Parzellen Kat.-Nr. 17055 (Haltestelle Giessen der Glattalbahn) und Kat.-Nr. 17059 (Dreiecksparzelle westlich der Ringstrasse). Diese Parzellen waren jahrzehntelang im Besitz der Schweizerischen Eidgenossenschaft und waren grundsätzlich als Baulandreserven für die in Dübendorf angesiedelten ETH Forschungsbetriebe Empa und Eawag, vorgesehen. Verwaltem wurden sie durch den Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen. 1995 hat die eidgenössische Finanzverwaltung dem Stadtrat von Dübendorf mitgeteilt, dass die ETH auf diese Landreserve verzichten will und ihn gebeten, im Hinblick auf einen Verkauf die Parzelle Kat.-Nr. 17059, diese in der Zone für öffentliche Bauten zu belassen, die Parzelle Kat.-Nr. 17055 hingegen in Anlehnung an das Givaudan-Areal partiell der Zentrumszone Z3 und der Wohnzone W4 zuzuordnen. Der Stadtrat wurde auch gebeten abzuklären, ob eine Nutzungsübertragung von Kat.-Nr. 17059 (Dreiecksparzelle westlich der Ringstrasse) auf Kat.-Nr. 17055 grundsätzlich zulässig und möglich wäre. Die Abklärungen der Nutzungsstudie hatten ergeben, dass eine Erschliessung der Dreiecksparzelle, die von zwei Seiten von Staatstrassen und von der dritten Seite von der Glatt umschlossen ist, nur mit einer unverhältnismässig teuren Untertunnelung der Ringstrasse von der Parzelle Kat.-Nr. 17055 her erschlossen werden könnte. Der Stadtrat hat diese Fragen positiv beantwortet in dem er dem Wunsch der Umzonung entsprach und auch eine Nutzungsübertragung in Aussicht stellte. Im Sinne einer überzeugenden städtebaulichen Lösung setzte er für dieses Gebiet eine Gestaltungspflicht fest. Im Zusammenhang mit dem Genehmigungsprojekt der Glattalbahn wurde in Zusammenarbeit von Givaudan, Eidgenossenschaft, Stadt Dübendorf und der VBG ein Masterplan erarbeitet, welcher vom Stadtrat 2002 als behördenverbindliche Planungsgrundlage genehmigt wurde. Im Jahr 2003 wurde eine Vereinbarung zwischen Givaudan, Eidgenossenschaft und der Stadt Dübendorf über die Erschliessung des Gebiets Giessen abgeschlossen, welche die planerische Randbedingung für die weitere bauliche Entwicklung des Areals südlich der Überlandstrasse darstellte. Am 5. Dezember 2006 erwarb die k-Werkstatt Baumanagement AG die beiden Grundstücke von der Schweizerischen Eidgenossenschaft und übernahm sämtliche Rechte und Pflichten aus den getroffenen Vereinbarungen. Zum Projekt: Die Firma k-Werkstatt hat noch vor dem Erwerb der Landparzellen mit dem Stadtrat Kontakt aufgenommen und einige Grundsatzfragen, wie die Erstellung eines Hochhauses und die Nutzungsübertragung abklären lassen. Der Stadtrat war grundsätzlich mit dem Projekt einverstanden und beschloss, dieses noch der KRL vorzustellen. Diese Vorstellung, welche im Oktober 2006 erfolgte ergab, dass sich Stadtrat und KRL, aufgrund der verschiedenen aufgezeigten Lösungsvarianten und der grossen Baukubatur, die Variante eines Turmes anstelle mehrerer kleinerer Hochhäuser am besten beurteilt wurde. Ein ETH-Team um Professor Scholz hat in einer Studie vom 5. September 2007 unter anderem festgehalten, dass ein minimaler Wohnanteil von 40 Prozent empfehlenswert sei. Dies hat der Stadtrat in einer Stellungnahme zu der Expertise aufgenommen. Er definierte das Maxi-



zum an Ausnützung für das Areal mit 47'250 m<sup>2</sup>, setzte den minimalen Wohnanteil auf 40 Prozent fest und bestätigte die Variante mit einem Turm als die richtige. Aufgrund dieser Untersuchungen hat die k-Werkstatt das Projekt weiterentwickelt. Grundlage des Gestaltungsplanes war die abgestimmte Überbauungsstudie auf Basis des Masterplanes Giessen. Die Dreiecksparzelle westlich der Ringstrasse bleibt aufgrund der nichtrealisierbaren unterirdischen Zufahrt frei von Bauten und dient als Grünraum. Die bauliche Ausnutzung wird dem östlichen Grundstück zugeschlagen. Kernstück bildet ein 114 Meter hohes Hochhaus im Kreuzungsbereich der Ring- und Überlandstrasse. Diese werden flankiert von zwei maximal rund 30 Meter hohen Baukörpern entlang der verkehrsreichen Strassen. Östlich des Glattalbahntrassees ist eine Kammüberbauung mit drei über das Trasseee ausragenden Baukörpern vorgesehen. Diese liegen über einem Bausockel, welcher Verkaufsnutzungen vorsieht. Die Haltestelle Giessen der Glattalbahn ist von einem grosszügigen öffentlichen Platz den Baukörpern umfasst. Die Machbarkeit dieses Projekts setzt eine Änderung des Zonenplans und auch eine Änderung der Bauordnung der Stadt Dübendorf voraus. Artikel 39 muss dahingehend geändert werden, dass ein Hochhaus auf dem Gelände gebaut werden kann. Nach heutiger Bauordnung ist dies nur im Hochbord möglich. Die Dreiecksparzelle westlich der Ringstrasse muss von der heutigen Zone für öffentliche Bauten in eine Freihaltezone umgezont werden. Daraufhin wurde der private Gestaltungsplan Giessen erstellt und zusammen mit dem Umweltverträglichkeitsbericht, der Zonenplanänderung und der Änderung der Bauordnung dem Kanton unterbreitet. Die öffentliche Auflage und die Anhörung nach Paragraph 7 des PBG wurden durchgeführt. Die kantonalen Stellen stimmten der Änderung der Bau- und Zonenänderung zu und es wurden keine grundsätzlichen Änderungen verlangt. Die im Rahmen der Anhörung eingegangenen Stellungnahmen wurden ausgewertet und vom Planungsausschuss zuhanden des Stadtrates gewürdigt. Dieser hat dazu Stellung genommen und verbindliche Vorgaben zur Weiterbearbeitung beschlossen. Aufgrund dieser Stellungnahme erfüllte die k-Werkstatt einige Bedingungen. So wurde die maximal erlaubte Ausnützung auf 47'250 m<sup>2</sup> festgelegt. Im Gestaltungsplan sind hohe städtebauliche und architektonische Qualitätsansprüche verankert, unter anderem auch das Bauen nach Minergie-P-Standard. Die Nutzfläche für Verkauf ist auf 5'000 m<sup>2</sup> reduziert und die Parkplatzzahl entsprechend verringert worden. Drei Varianten für die Turmhöhe standen zur Diskussion, 114, 97 und 80 Meter. Der Planungsausschuss schloss sich der Meinung des Gesuchstellers an, der Variante mit einem 114 Meter hohen Turm den Vorzug zu geben. Damit war für die k-Werkstatt der Weg frei um überarbeiteten Gestaltungsplan in der Fassung vom 9. September 2010 einzureichen. Die wesentlichen Merkmale dieses Gestaltungsplanes sind: Hochhaus als markanter Identitätspunkt bei der Haltestelle Giessen am Eingang zu Dübendorf bei der Kreuzung Überlandstrasse-Ringstrasse / Randbebauung entlang der Überlandstrasse und Ringstrasse als Lärmschutz des dahinter liegenden Areals / Nutzungsdurchmischung mit Wohnen, Einkauf und Dienstleistung, welche ein belebtes Quartierzentrum garantiert. Die Ausgewogenheit wird mit einem Wohnanteil von 40 Prozent und der maximalen Verkaufsfläche von 5'000 m<sup>2</sup> erreicht / Gute Zugänglichkeit der Glattalbahnhaltestelle von allen Seiten / Der Aussenraum wird aufgewertet. Es entsteht auf der Dreiecksparzelle ein attraktiver Grünraum, nicht nur für die Überbauung Giessen, sondern für die Öffentlichkeit / Die Erschliessung des Areals ist einerseits durch die Glattalbahn gegeben und die Zufahrt des individuellen Verkehrs führt über die Giessenstrasse direkt zur unterirdischen Garage. Die Anzahl Parkplätze wird auf das notwendige Mass beschränkt. Die KRL hat sich in einigen Sitzungen mit dem Geschäft befasst. Es sind kritische Fragen gestellt worden, welche uns vom Stadtpräsidenten kompetent beantwortet wurden. Die Mehrheit der KRL sieht mit diesem Projekt einen interessanten und zukunftsgerichteten städtebaulichen Aspekt und empfiehlt dem Gemeinderat, den privaten Gestaltungsplan Giessen, sowie die Änderung des Zonenplans und der Bauordnung Art. 39 zuzustimmen.“

Referent KRL-Minderheit Peter Jann (GP):

„Die Kommissionsminderheit dankt zunächst dem Stadtpräsidenten und den verantwortlichen Amtsstellen für die ausführlichen Dokumentationen und die offene und detaillierte Beantwortung der ge-





stellten Fragen. Wie die Kommissionsmehrheit befürwortet auch die Minderheit die bauliche Weiterentwicklung im Giessenareal und damit eine verdichtete Bauweise und eine hohe Ausnutzungsziffer. Im Auftrag der Eigentümer k-Werkstatt wurde an Professor Scholz von der ETH Zürich eine Studie zur sozialen Nachhaltigkeit in Auftrag gegeben. Darin wurden Vorschläge gemacht, wie den zu erwartenden Problemen des verdichteten Bauens vor allem bei Hochhausprojekten, zum Beispiel soziale Durchmischung, Verslumungsgefahr, Belebung des öffentlichen Raumes, begegnet werden kann. Diese wurden leider nur teilweise berücksichtigt. Aus Sicht der Minderheit gibt es deshalb einige grundlegende Mängel und Kritikpunkte am aufliegenden Gestaltungsplan. Um der Gefahr einer Verslumung entgegenzuwirken und auf Grund der Anregungen der Studie Scholz hat die Stadt die Eigentümerin verpflichtet, einen Wohnanteil von mindestens 40 Prozent einzuplanen. Im vorliegenden Gestaltungsplan beinhaltet dieser Wohnanteil allerdings auch den Boarding-House-Anteil. Dieser wird in der Studie Scholz zum Hotellerie-Betrieb gezählt. Damit verringert sich der effektive Wohnanteil auf rund 30 Prozent. Familienwohnungen sind trotz Empfehlung keine vorgesehen. Die geplanten Wohneinheiten für 1- bis 2-Personen-Haushalte erschweren die gewünschte soziale Durchmischung verschiedener Altersgruppen oder Lebensformen, deren Bedeutung von der Studie Scholz mehrmals angesprochen wird. Eine längerfristige Perspektive hinsichtlich Nutzungs- und Bevölkerungsstrukturen sowie öffentliche Infrastrukturen – zum Beispiel Schulen oder Hortmöglichkeiten – für dieses wichtige Entwicklungsgebiet sind nicht erkennbar. Die Kommissionsminderheit glaubt nicht, dass die nach dem Nutzungsrechttausch angestrebte und versprochene Qualität als Freifläche und Erholungsgebiet erreicht wird. Es ist zu befürchten, dass mit dem angestrebten Mietermix und dem relativ tiefen Wohnanteil für diese Fläche vor allem am Abend eine Verödungsgefahr besteht; der Zugang und die Erreichbarkeit für die Nutzung durch die breite Bevölkerung ist zu wenig attraktiv. Es ist zudem zu befürchten, dass mit zunehmendem Siedlungsdruck in einigen Jahren eine zusätzliche Überbauung des Dreiecksgrundstücks zur Diskussion stehen wird. Die Eigentümerin hätte in einem solchen Fall den Fünfer und das Weggli: die höhere Ausnutzungsziffer auf dem Hauptareal und die zusätzliche Baufläche auf dem Dreiecksareal. Auch wenn der Gemeinderat für eine solche Nutzung seine Zustimmung geben muss, scheint ein solches Szenario realistisch. Die Studie Scholz empfiehlt für das Dreiecksgebiet eine Randüberbauung, eventuell mit halb-öffentlicher Nutzung mit einem offenen Park. Dies würde die Belebung und die gewünschte soziale Durchmischung fördern. Im vorliegenden Fall hätte dies natürlich eine Reduktion der Ausnutzungsziffer auf dem Hauptareal zur Folge, doch wäre dies aus bautechnischer Sicht möglich und aus Sicht einer optimaleren Stadtentwicklung erwünscht. Die Kommissionsmehrheit hätte dem Gestaltungsplan gerne zugestimmt, falls es möglich gewesen wäre, die kritisierten Punkte angemessen zu berücksichtigen. Bei privaten Gestaltungsplänen ist es aber für den Gemeinderat nicht möglich, einzelne Änderungen zu beschliessen. Aus diesem Grund und in Anbetracht der grossen Bedeutung dieses Entwicklungsgebietes für die Zukunft von Dübendorf lehnt die Minderheit den vorliegenden Gestaltungsplan ab.“

#### Stellungnahmen Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Das vorliegende Projekt sei im Zusammenhang mit dem Raumplanungskonzept Schweiz zu betrachten. Mit diesem Konzept solle der Zersiedelung durch Verdichtung entgegengewirkt werden. Diese Verdichtung solle an Stellen mit ÖV-Anschluss erfolgen. Das Glattal sei ein Gebiet, in dem seit mehreren Jahren die Verdichtung gefördert würde. Dies sei von der Politik gewollt und eine folgerichtige Entwicklung aus dem Raumplanungskonzept Schweiz. Im Kantonsrat habe man die Gebiete entlang der Glattalbahn im Richtplan als Zentrumsgebiet bezeichnet. Durch die Verdichtung sei es auch möglich, an anderen Orten Freiraum geschaffen. Im kantonalen Richtplan, der zurzeit wieder in Aufbereitung sei, werde diese Zielsetzung erneut aufgeführt. Die Glattalbahn sei mit dem Ziel erstellt worden, das Zentrumsgebiet zu verdichten. Dies sei zum Teil bereits erfolgt. Das geplante Hochhaus, um das es im vorliegenden Gestaltungsplan geht, werde nicht das einzige Hochhaus in diesem Zentrumsgebiet bleiben. Die ZPG plane, entlang der Glattalbahn entweder als Band oder in Clustern Hochhäuser zu bauen. Insgesamt gehe um einen planerischen Gesamtwurf zur Gestaltung der gesamten Region.



Andere Varianten als ein Hochhaus seien flächigere, schwerfällige Gebäudeteile. Zur Studie Scholz: Professor Scholz habe die Studie im Auftrag erstellt. Ziel der Studie sei es gewesen, die Dreiecksparzelle zur zusätzlichen Nutzung freizugeben. Diese weitere Verdichtungsmöglichkeit wurde nicht realisiert, stattdessen werde die Dreiecksparzelle frei gehalten. Die Dreiecksparzelle habe einen hohen Stellenwert, da in diesem Gebiet auch Freiraum benötigt werde. In der Studie Scholz gehe es auch um die soziale Durchmischung. Dabei gehe es nicht nur um Wohnraum für Familien, sondern auch darum, dass der öffentliche Raum am Abend ausserhalb der Geschäftszeiten belegt werde. Hochhäuser seien für Familienwohnungen nicht geeignet. Die urbane Gestaltung wende sich an andere Nutzer. Mit diesem Gestaltungsplan mache Dübendorf einen wichtigen Entwicklungsschritt. Es werde dabei auch entschieden, wie sich das Glattal entwickle und ob Dübendorf bei dieser Entwicklung zum Aussenseiter werde. Er bitte den Gemeinderat, mit seinem Entscheid dabei mitzuhelfen, um ein Zeichen setzen zu können.

## Allgemeine Diskussion:

*Thomas Maier (GEU/glp):*

„Trotz prächtigstem Sonnenschein draussen können wir bei diesem Geschäft heute leider nicht gerade von einem Lichtblick in der Geschichte Dübendorfs sprechen. Wie sie sich wohl gut vorstellen können, fällt mir heute dieses Votum nicht leicht. Der eine Grund dafür liegt auf der Hand: Ich vertrete heute leider eine KRL-Minderheit und nicht wie gewohnt eine einstimmige KRL-Mehrheit. Der zweite Grund dürfte nach meinem Votum hoffentlich klarer sein: Wir von der GEU/glp-Fraktion haben auf sehr vielen Wegen versucht, diese Vorlage etwas sinnvoller und für Dübendorf wenigstens etwas positiver auszugestalten. Es ist uns leider nicht gelungen, so dass wir in der Kommission und hier im Rat nicht zustimmen können. Mittlerweile sind wir aus tiefer Überzeugung gegen diesen Gestaltungsplan, so wie er jetzt vorliegt. Wie sie wissen, können wir private Gestaltungspläne nur annehmen, zurückweisen oder ablehnen. Wir können keine Änderungen vornehmen. Was hätten wir Grünliberalen denn gerne geändert, wenn wir gekonnt hätten? Die zentralen Kritikpunkte sind folgende: Erstens die Übertragung und Höhe der Dichte: Verdichtet bauen, auch in die Höhe, ist sicherlich gut und auch für Dübendorf im Sinne eines schonenden Umgangs mit Bauland erstrebenswert. Auch der Ort, wo dies nun heute geplant wird, begrüßen wir für verdichtetes Bauen. Aber auch hier ist es wie überall und immer im Leben: Das Mass ist entscheidend. Und da scheint der Stadtrat zusammen mit dem privaten Antragssteller sämtliches Augenmass verloren zu haben. Die bereits extrem hohe Dichte wird mit der Übertragung in eine für uns völlig unerträgliche Höhe gesteigert. Dies ist das Grundübel dieser Vorlage, denn alle weiteren Probleme ergeben sich genau aus diesem Übertrag. Die masslose Höhe des Gebäudes – für uns liegt die Schmerzgrenze bei rund 80 Metern – Kuben, die ausser in die Höhe architektonisch wenig sinnvoll umsetzbar sind, ein Park mit Grünfläche, der zwar auf dem Plan schön aussieht, aber sonst nichts taugt, oder die reale Gefahr von Ghattobildung, die vom Stadtrat konsequent ignoriert wird. Zweitens die Höhe des Gebäudes: Stellen sie sich vor, sie fahren mit der Familie an einem sonnigen Tag wie heute mit dem Velo um den Greifensee, Ruhe und unsere schöne Kulturlandschaft geniessen. Schön? Ja, wenn sie Fan von Hochhäusern sind. Sie werden nämlich auf jedem Wegabschnitt Ausblick auf den Turm von Dübendorf haben. Ausser sie schauen beim Weg Richtung Mönchaltorf nie rückwärts. Oder sie geniessen ein feines Glas Rotwein beim alten Tobelhof in Gockhausen – mit direktem Blick geradeaus ins Hochhaus. Wo gehören Hochhäuser denn sonst hin? Zum Beispiel nach Zürich an die Hardbrücke, dorthin, wo auch die Bahninfrastruktur ausreichend vorhanden ist, und das Hochhaus optisch ins Stadtbild passt. Drittens ein Park der wenig bis nichts taugt: Es wird uns ein Park und eine Erholungsfläche versprochen auf dem freiwerdenden Dreiecksgrundstück. Nur: können Sie sich vorstellen auf einem kleinen Grundstück, umringt von sechs- bis achtspurigen Strassen und einem wahnsinnig schönen Parkhaus dazu im Blickfeld, Erholung zu finden? Da lief rundherum zu viel schief in der Planung in den letzten Jahren, zum Beispiel die Glattalbahn und die nicht umgesetzte Versenkung der Kreuzung. Geradezu kleinlich erscheint das Argument, dass wohl bald die Stadt hohe Kosten zur Pflege des Parks wird aufbringen müssen, aber auch



das ist nicht von der Hand zu weisen. Der Park ist vor allem eines, und das wird hinter vorgehaltener Hand auch schon gesagt: Baulandreserve für die Zukunft. Mit einem einfachen Entscheid des Gemeinderates kann dieses Grundstück doch wieder überbaut werden, womit alles noch dichter wird. Viel besser wäre eine Überbauung beider Grundstücke gewesen mit den heutigen vernünftig hohen Dichten. Weiter hätten wir uns vorgestellt: mehr ÖV-Anteil bei der Erschliessung, weniger Parkplätze. An einem solchen Ort sollte dies wohl eine Selbstverständlichkeit sein. Es wird zwar viel gejammert darüber, dass die Glattalbahn das Grundstück sehr schwer überbaubar macht. Aber wir sind überzeugt: das ist eine Riesenchance und wird auch so verkauft werden: Wer kann schon von der Bahn direkt in seinen Lift zur Wohnung im 20. Stock umsteigen? Auf diverse Fragen der KRL hat der Stadtrat klar festgehalten: In diesen Wohnungen werden keine Familien einziehen. Es kommen nur sehr gut verdienende Singles, die nur kurz und städtisch in Dübendorf wohnen. Wir nehmen ihn beim Wort! Ist doch schön: junge gut aussenden Menschen, die nie Kinder haben, sich auch nicht in Dübendorf integrieren wollen, hier nicht abstimmen und wählen wollen und rechtzeitig, wenn es uns etwas kostet z.B. Infrastruktur für eine Schule, wieder gehen. Ich möchte auch einmal so blauäugig in die Zukunft marschieren und prognostiziere: In 10 bis 15 Jahren werden wir krampfhaft nach einem Kindergarten und Schulhausstandort suchen müssen in diesem Quartier und es wird uns sehr viel Geld kosten. Wer wohl bezahlen wird? Sehr unklar scheint im Moment, ich drücke dies extra sehr vorsichtig aus, auch die Frage, wer denn nun wirklich wie und wann investieren wird. Wir vertrauen dem aktuellen Besitzer leider nicht und haben – im Unterschied zum Beispiel zum Zwicky-Areal, wo langjähriges Vertrauen eine Basis für gutes und nachhaltiges Investieren und Wirtschaften beidseitigen Nutzen bringt, grösste Bedenken. So würde es uns nicht überraschen, wenn dann beim konkreten Baugesuch ein neuer Investor auftaucht, der neue Ansprüche stellt. Eines ist klar: gut verdienen wird der private Investor mit diesem Gestaltungsplan auf alle Fälle, was wir ihm auch von Herzen gönnen, solange nicht irgendwann die Allgemeinheit damit belastet wird. Wir haben dem Stadtrat in der KRL viele Fragen gestellt und Anregungen gegeben, z.B. im Vernehmlassungsverfahren. Wir müssen leider feststellen, dass sehr viele Fragen unbefriedigend und vor allem ausweichend beantwortet wurden, zum Beispiel rund um die Themen der Abgeltungen der Glattalbahn (und ein ev. Quartierplanverfahren), wieso die Stadt Dübendorf das Land nicht selber gekauft und entwickelt hat oder eben die Schulhausfrage. Dieser Gestaltungsplan umfasst zwar mehr Kubikmeter Baumasse als je einer zuvor in Dübendorf, kann aber unserer Meinung nach qualitativ nicht mithalten mit zum Beispiel einem Gestaltungsplan Zwicky. Es gibt zu viele offene Fragen und unerwünschte Entwicklungen ohne Nutzen für Dübendorf bei diesem Gestaltungsplan. Darum werden die GEU/Grünliberalen diesen Gestaltungsplan mit Überzeugung ablehnen.“

*Jacqueline Hofer (SVP):*

Sie empfehle dem Gemeinderat die Annahme des privaten Gestaltungsplanes Giessen. In der KRL habe man den Gestaltungsplan in detaillierter Arbeit geprüft und die Gelegenheit gehabt, Fragen an den Stadtrat zu stellen. Sie begrüsse es, wenn die Kommissionsminderheit eine bauliche Weiterentwicklung und verdichtetes Bauen befürworte. Von einer Verslumung könne keine Rede sein. Viel mehr mache es den Anschein, als dass bei den Gegnern der Ablehnungsentscheid schon längst gefällt worden ist. Es bleibe ein fader Nachgeschmack, dass damit bis heute gewartet worden ist. Man dürfe nicht vergessen, dass der Projektleiter bereits viel Geld investiert habe und ein grosses Risiko trage. Sie glaube nicht, dass die Stadt Dübendorf ein Interesse daran habe, das Projekt künstlich zu verzögern. In der Kommission habe man die Gelegenheit gehabt, den Projektleiter kennenzulernen. Die Kommissionsmitglieder hätten auch die Gelegenheit gehabt, ihre Anliegen in die Diskussion einzubringen. Die Frage nach der Höhe des Turms hätte auch in der Kommission diskutiert werden können. Stattdessen höre sie heute zum ersten Mal von einer Obergrenze der Gebäudehöhe von 80 Metern. Besonders Mühe bekunde sie damit, dass der Gewinn des Projektleiters thematisiert werde. Dass ein Unternehmer Gewinn machen könne gehöre zur freien Marktwirtschaft. Sie stelle sich deshalb die Frage, wie die Grünliberalen ‚liberal‘ definierten.



*Peter Jann (GP):*

Er sei positiv überrascht vom Aufbruchvotum des Stadtpräsidenten, jedoch sei bei diesem Projekt die nötige Qualität nicht gegeben. Es sei ihm nicht klar, was Jacqueline Hofer mit ihrer Kritik an der Kommissionsminderheit gemeint habe. Die Kommissionsminderheit habe transparent in der Kommission kritische Fragen aufgeworfen. Wer eine Lokalpolitik mit Zukunft betreibe, der müsse grosse Vorbehalte gegenüber einem solchen Projekt haben. Um ein möglichst grosse Rendite zu erzielen sind die Wohneinheiten auf 1- und 2-Personen-Haushalte ausgerichtet. Diese Personen hätten keine lokale Anbindung. Die Anzahl der geplanten Parkplätze zeige auch, wie wenig sich die Projektplaner um die Verhältnisse und Probleme in Dübendorf kümmern. Die Reduktion der Parkplätze stehe nicht im Verhältnis zur Reduktion der Verkaufsfläche. Wenn hoch verdichtet gebaut werde, dann müsse auch die Qualität stimmen, nicht nur bei der baulichen Gestaltung, sondern auch die soziale Qualität. Diesen Anforderungen genüge der vorliegende Gestaltungsplan nicht. Dübendorf verdiene etwas Bessere, ein Projekt, das mit Zukunftsperspektiven zu begeistern vermöge, und nicht alleine durch physische Präsenz.

Antrag Stadtrat / KRL:

1. Im Zusammenhang mit dem Projekt auf dem Areal Giessen wird folgenden Planungsmitteln, gestützt auf § 86 des Planungs- und Baugesetzes (PBG), zugestimmt:
  - 1.1 Dem privaten Gestaltungsplan Giessen auf den Grundstücken Kat.-Nr. 17055 und 17059, bestehend aus dem Situationsplan 1:1000 vom 3. September 2010 und den zugehörigen Vorschriften vom 3. September 2010.
  - 1.2 Der Zonenplanänderung gemäss Plan 1:2500 auf Kat.-Nr. 17055, 17059 und 17060.
  - 1.3 Der Anpassung der Bauordnung Art. 39 (Hochhäuser).
2. Der Gestaltungsplan sowie die Änderung des Zonenplans und der Bauordnung bedürfen gemäss § 89 PBG der Genehmigung durch die Baudirektion des Kantons Zürich und treten nach der entsprechenden öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

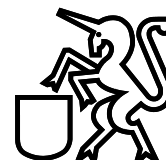
Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt mit 23 zu 13 Stimmen dem Privaten Gestaltungsplan „Giessen“ zu.

Beschluss:

1. Im Zusammenhang mit dem Projekt auf dem Areal Giessen wird folgenden Planungsmitteln, gestützt auf § 86 des Planungs- und Baugesetzes (PBG), zugestimmt:
  - 1.1 Dem privaten Gestaltungsplan Giessen auf den Grundstücken Kat.-Nr. 17055 und 17059, bestehend aus dem Situationsplan 1:1000 vom 3. September 2010 und den zugehörigen Vorschriften vom 3. September 2010.
  - 1.2 Der Zonenplanänderung gemäss Plan 1:2500 auf Kat.-Nr. 17055, 17059 und 17060.
  - 1.3 Der Anpassung der Bauordnung Art. 39 (Hochhäuser).
2. Der Gestaltungsplan sowie die Änderung des Zonenplans und der Bauordnung bedürfen gemäss § 89 PBG der Genehmigung durch die Baudirektion des Kantons Zürich und treten nach der entsprechenden öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

\*\*\* Pause / Sitzungsunterbruch von 21.15 bis 21.25 Uhr \*\*\*



## **10. Geschäftsbericht 2010 / Genehmigung Geschäft Nr. 62/2011**

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. Nach dem Votum des Referenten der GRPK und der allgemeinen Diskussion wird die Detailberatung durchgeführt. Wenn es zu den einzelnen Abschnitten keine Bemerkungen gibt, gelten diese als genehmigt. In einer Schlussabstimmung entscheidet der Gemeinderat über die Genehmigung des Geschäftsberichtes.

Gegen diesen Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren gibt es keine Einwände.

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Der sorgfältig gestaltete Geschäftsbericht legt Zeugnis der vielfältigen Arbeit ab, die durch den Stadtrat und die Stadtverwaltung in Dübendorf im Dienste aller verrichtet wird. In diesem Jahr überzeugt das Dokument: wir beurteilen es als informativ und umfassend. Zu den Aufgaben der GRPK gehört die Prüfung des Geschäftsberichts. Wir hinterfragen die Entwicklung in den einzelnen Bereichen, überprüfen die Aussagen auf Plausibilität. Zu diesem Zweck studierte die GRPK den Bericht detailliert und stellte einen umfassenden Fragekatalog zusammen. Die schriftlichen Antworten des Stadtrates würdigte die Kommission und stellte verschiedene Anschlussfragen, die in einem offenen Dialog von einer Delegation des Stadtrates beantwortet worden sind. Die GRPK war von der Qualität der erhaltenen Antworten sehr positiv überrascht. In der abschliessenden Schlussdiskussion mit dem Stadtrat blieben nur wenige Themen offen. Alle offenen Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Die GRPK schätzt den persönlichen Dialog sehr. In der Diskussion mit dem Stadtrat dominierte kein Thema derart, so dass ich auf die Erwähnung einzelner Aspekte bewusst verzichte. Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass der SR unsere Anregung bezüglich Ergänzung künftiger Geschäftsberichte mit dem Bearbeitungsstand von Initiativen und allfälligen Gegenvorschlägen aufnimmt. Im vergangenen Jahr leisteten viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Stadtrates sehr gute Arbeit und bearbeiteten intensiv verschiedene Projekte, die für die Stadt an der Glatt zukunftsgerichtet sind. Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig, den Geschäftsbericht in der vorliegenden Form zu genehmigen.“

Allgemeine Diskussion:

In der Detailberatung gibt es keine Wortmeldungen zu den einzelnen Kapiteln des Geschäftsberichtes.

Abstimmung / Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt den Geschäftsbericht 2010 mit 37 zu 0 Stimmen.

## **11. Jahresrechnung 2010 / Genehmigung Geschäft Nr. 63/2011**

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Eintretensdebatte wird zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn dabei zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten diese als genehmigt.

Gegen diesen Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren gibt es keine Einwände.



## a) Eintretensdebatte

### Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

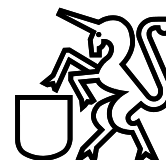
„Ich gliedere mein Referat in drei Teile: die Eintretensdebatte mit einer Gesamtschau, die Detailberatung mit Hinweisen zu Feststellungen und den Antrag. Die GRPK befasste sich in den letzten Wochen intensiv mit der Prüfung und der Beurteilung der Rechnung 2010. Die GRPK stellte wie in den Vorjahren zahlreiche Fragen zur Rechnung zusammen, die zwischenzeitlich zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet worden sind. Einen zentralen Stellenwert bei der Bearbeitung der Rechnung 2010 nimmt die seit diesem Jahr obligatorische finanztechnische Revision durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich ein. Das Ergebnis ist sehr erfreulich: Wenig Bemerkungen und Hinweise und ein gut eingeführtes internes Kontrollsystem IKS zeigen, dass die Rechnung der Stadt Dübendorf sorgfältig geführt wird. Die Revisoren attestieren im Quervergleich mit anderen Gemeinden eine überdurchschnittliche Qualität. Die GRPK ist froh, die Verantwortung für die Kontrolle der Rechnung auf mehrere Schultern zu verteilen. So können wir uns auf die politischen Aspekte konzentrieren. Das Milizgremium ist schlicht nicht in der Lage, eine Rechnung in der Grösse der Stadt Dübendorf fundiert zu kontrollieren und allfällige Fehlentwicklungen zu erkennen. Die GRPK nahm das erfreuliche Ergebnis mit seiner grossen Budgetabweichung zur Kenntnis. Der finanzielle Spielraum der Stadt Dübendorf ist grösser geworden. Unser Gemeinwesen ist gut gerüstet, um die kommenden Aufgaben anzupacken. Trotzdem gilt es, weiterhin haushälterisch mit dem Steuerfranken umzugehen und jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit hin zu überprüfen. Es gilt weiterhin Notwendiges vom Wünschbaren zu trennen. Gute Ergebnisse können nämlich dazu verleiten, grosszügig zu werden. Vor diesem Hintergrund ist der SR bei den Arbeiten rund um den Voranschlag 2012 gefordert, weiterhin die bestimmt vorhandenen Begehrlichkeiten kritisch zu hinterfragen. Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei allen, die an der Rechnung 2010 mitgearbeitet haben. In meinen Dank schliesse ich den Stadtrat und die Mitarbeiter der Verwaltung für ihre Arbeit rund um die Beantwortung der GRPK Fragen ein. Die Antworten waren überwiegend informativ, offen und ehrlich. Die Bearbeitung unseres Fragenkatalogs ist aufwendig, ermöglicht uns aber einen vertieften Einblick in verschiedene aktuelle Herausforderungen und Fragestellungen. Die GRPK beantragt Eintreten auf die Rechnung 2010.“

Keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist somit beschlossen.

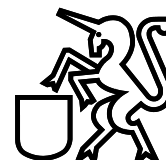
## b) Detailberatung

### Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Die Rechnung 2010 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 5,54 Millionen Franken ab. Die Ergebnisverbesserung betrug 10,58 Millionen Franken und ist primär auf die Steuererträge zurückzuführen, die 13,76 Millionen Franken über dem Budget lagen. Leider stiegen auch die Aufwendungen um 4,1 Prozent an, insbesondere die Sozialhilfefaufwendungen und Zusatzleistungen zur AHV. Der Sachaufwand liegt um 951'000 Franken über dem Voranschlag. Mehraufwendungen von 530'000 Franken resultierten beim Unterhaltsdienst Tiefbau für Strassenarbeiten, Beleuchtung, und Winterdienst und rund 350'000 Franken im Sicherheitsbereich mit den Kernaufgaben Stadtpolizei, Feuerwehr und ZVV. Bei der laufenden Rechnung legte die GRPK ihren Fokus bei der Prüfung erneut auf wesentliche Abweichungen und hinterfragte auch verschiedene ableitbare Entwicklungen. Stellvertretend sind folgende Feststellungen von Belang. Bei der Betrachtung der Differenzkommentare in verschiedenen Abteilungen fällt auf, dass der Grund der auftretenden Abweichungen mehrheitlich in der falschen Budgetierung zu suchen ist. Für die Erarbeitung der Budgetwerte sollten Betrachtungen über mehrere Jahre als eine der Grundlagen dienen. Sparrunden, die nur die Reduktion der Budgetwerte zum Ziel haben, ohne dass gleichzeitig die Aufwendungen effektiv reduziert würden, bringen nichts.“



Im Folgejahr resultierten entsprechende Überschreitungen, die dann mit einem lapidaren Kommentar ‚zu tief budgetiert‘ versehen würden. Nach unserer Ansicht sollte der Aufwand über mehrere Jahre und die effektiven Aufgaben in einem bestimmten Bereich als entscheidende Basis für die Budgetierung dienen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Planung 2012 auf erhärteten Grundlagen und unter Beachtung der Aufwandsentwicklung auf der Zeitachse über mehrere Jahre erfolgen könnte. Die GRPK wurde aus erster Hand über den leicht angepassten Budgetprozess informiert. Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass mit der angepassten Vorgehensweise altbekannte Schwächen eliminiert werden können. Die Revisoren des Gemeindeamts kontrollierten bei ihrer Arbeit 184 verschiedene Aspekte der Jahresrechnung. Bei nur 7 Prozenten der Prüfungsschritte waren Hinweise und Bemerkungen nötig. Dieses Ergebnis ist im Quervergleich mit Revisionen in anderen Gemeinden ein wirklich erfreuliches Ergebnis. Die erstmals kontrollierten Zweckverbände ARA Neugut, ZPG, Sportanlagen Dürnbach zeigen ein ähnliches Bild. Das interne Kontrollsystem IKS – bei einer Buchhaltung in der Dimension der Stadt Dübendorf enorm wichtig – ist gut etabliert. Die notwendigen Kontrollen finden statt. Unschön ist, dass in drei Bereichen Hinweise aus früheren Jahren weiterhin auf der Liste der Bemerkungen und Empfehlungen stehen. Handlungsbedarf mit unterschiedlicher Priorisierung ist bei folgenden Positionen gegeben: Bei der Beurteilung der Bestandesrechnung, also der Bilanz, stellten die Revisoren erneut fest, dass verschiedene ältere Baudepositenkonti bestehen. Ins gleiche Kapitel gehören Konti von Quartierplanverfahren, über die während Jahren keine Buchungen mehr erfolgten. Die Liste ist zwar im Vorjahresvergleich kleiner geworden, doch ist nach meiner Ansicht in diesem Bereich ein zusätzlicher Effort nötig. Ich bin sicher, dass mittlerweile die entsprechenden Abklärungen an die Hand genommen worden sind und dass diese Konti im nächsten Jahresabschluss nicht mehr vorhanden sind. Als Verantwortlicher für die städtischen Liegenschaften ist der Finanzvorstand persönlich in einer speziellen Pendenza gefordert. Bereits zum dritten Mal weisen die Revisoren auf folgenden Umstand hin. In der Bilanz figuriert unter den Passiven das Konto 2282 ‚Erwerb Freihaltezone‘ mit einem Bestand von 1,5 Millionen Franken. Es handelt sich um eine alte Vorfinanzierung vor Einführung des neuen Rechnungsmodells. Der Betrag wurde seinerzeit für die Entschädigung für die Umzonung von zwei Grundstücken in die Freihaltezone vorgesehen. Im Revisionszeitpunkt lag ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderates nicht vor. Das Gemeindeamt regt eine Bereinigung an: entweder Auflösung zugunsten des Kapitalkontos oder ein neuer Beschluss des Gemeinderates. Aus unserer Sicht sind die Hinweise und Empfehlungen des Gemeindeamtes kein Wunsch- oder Anregungskatalog. Nachdem der Sachverhalt schon seit längerem bekannt ist, erwartet die GRPK die formelle Bereinigung bis zum Abschluss des Rechnungsjahres 2011. Die formelle Regelung dieser alten Pendenza tangiert materiell den Verhandlungsauftrag bezüglich Entschädigung der Grundeigentümer bei einer Umzonung der 2 Grundstücke in Freihaltezone gemäss Stadtratsbeschluss vom 15. Juli 2010 nicht. Es wäre mehr als nur unschön, wenn ich in 12 Monaten das gleiche Thema erneut aufgreifen muss. Der politische Entscheidungsprozess im Zusammenhang mit dem Austritt der Stadt Dübendorf aus dem Zweckverband Soziale Dienste für Erwachsene im Bezirk Uster SDEU, heute SDBU, verlief bekanntlich harzig und gewisse Unsicherheiten prägten die Budgetierung für das Rechnungsjahr 2010. Im Zusammenhang mit der Prüfung der Rechnung 2010 hat die GRPK festgestellt, dass aufgrund der Vorgeschichte eine Gesamtbilanz über den Austritt hilfreich für eine abschliessende Beurteilung des Austrittes wäre. Eine derartige Bilanz hätte aber den Rahmen bei der Bearbeitung der Rechnung 2010 gesprengt. Deshalb hat die GRPK die Sozialbehörde und den Stadtrat ersucht, einen umfassenden Schlussbericht zu erstellen um damit ihrer Kontrollfunktion auch in diesem Bereich adäquat gerecht zu werden. Mit Interesse sehen wir nach der Sommerpause der umfassenden Betrachtung entgegen. In der Berichtsperiode investierte Dübendorf netto lediglich 7,35 Millionen Franken. Die im Voranschlag 2010 geplanten Vorhaben wurden nur zu 42 Prozent realisiert. Die abgewickelten Projekte verteilen sich quer durch das ganze Spektrum wie beispielsweise von der EDV bis zur ÖV-Plattform Stettbach. Die GRPK machte bei der Beurteilung der Investitionsrechnung keine besonderen Feststellungen. Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf erzielte in der Berichtsperiode eine Performance der Anlagen von 3,4 Prozent. Im Berichtsjahr wurden Wertschwankungsreserven um 1,7 Millionen Franken auf neu 7 Millionen Franken erhöht. Der Deckungsgrad beträgt neu



105,3 Prozent (Vorjahr 104,2 Prozent). Die Risikofähigkeit der Pensionskasse der Stadt Dübendorf ist generell eingeschränkt. Der Revisionsbericht der BDO AG liegt vor und enthält erstmals seit Jahren keine Einschränkungen bezüglich Anlagen mehr. Die Stadt Dübendorf tilgte die Darlehen, die sie von der Pensionskasse bezogen hatte, vollständig. Die GRPK nahm den Revisionsbericht der BDO wie auch den Bericht der Experten für die berufliche Vorsorge zur Kenntnis. Die Prüfungsarbeit der GRPK umfasste selbsterklärend weitere Themenkreise. Mein Referat dient aber dazu, schlaglichtartig Besonderheiten zu unterstreichen und kann nie und immer Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vor diesem Hintergrund war das Gespräch mit einer Delegation des Stadtrates wertvoll, da die Meinung der Kommission zu den hier nicht näher ausgeführten Feststellungen direkt und ungeschminkt übermittelt werden konnte. Gesamthaft stellte die GRPK fest, dass die Rechnung 2010 der Stadt Dübendorf gut geführt worden ist. Das Ergebnis ist in wirtschaftlicher Hinsicht mehr als nur erfreulich. Immer wieder stellten wir fest, dass die Mittel der Steuerzahler sorgfältig und zielgerichtet eingesetzt worden sind.“

#### Antrag GRPK:

1. Dem Gemeinderat wird beantragt die Jahresrechnung 2010 des Politischen Gutes und der Pensionskasse zu genehmigen.
2. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 5'545'149.47 wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion des Innern vom 10. Oktober 1984 dem Eigenkapital zugewiesen.

#### Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Stadtrat Martin Bäumle gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über das Ergebnis der Rechnung 2010. Der Personalaufwand habe 2010 einen Sprung nach oben gemacht. Auch in der Kernverwaltung habe es beim Personal eine Entwicklung nach oben gegeben. Beim Sachaufwand sei ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen. Grund dafür seien unter anderem höhere Sozialaufwendungen und durch die Übernahme neuer Aufgaben höhere Zusatzleistungen zur AHV/IV. Auch bei den Kosten der Primarschule gebe es eine markante Aufwandsteigerung. Ob ein realer Rückgang im Voranschlag möglich sei wäre für ihn fraglich. Das Resultat dieser Entwicklungen sei ein Aufwand, der um 4 Millionen Franken höher sei als erwartet, und das sei alarmierend. An der heutigen Sitzung des Gemeinderates und an den Sitzungen des Gemeinderates zum Voranschlag werde jeweils über den Ertrag gesprochen, jedoch nicht über den Aufwand. Die Investitionen seien deutlich tiefer gewesen als budgetiert. Insgesamt wäre das Ergebnis rund 10 Millionen Franken besser als budgetiert, wodurch die Verschuldung abgebaut werden konnte. Schlussfolgerungen aus der Rechnung 2010: Der Personalaufwand sei um 1,6 Millionen Franken angestiegen. Dazu trage der Bereich Sicherheit und das Alters- und Spitexzentrum mit jeweils rund 0,5 Millionen Franken sowie der Bereich Soziales mit 0,15 Millionen Franken bei. Beim Sachaufwand gebe es vor allem beim baulichen Unterhalt und den Dienstleistungen Dritter einen Mehraufwand von 0,95 Millionen Franken, aber auch die höheren Beiträge für die AHV/IV und die Sozialhilfe von 4,3 Millionen Franken. Die Steuererträge 2010 wären mit einem Plus von 15 Millionen Franken viel positiver als budgetiert, blieben jedoch rund 1 Million Franken unter der Hochrechnung vom Dezember. Die Grundsteuern seien rund 1,5 Millionen Franken unter dem Budget und 0,5 Millionen Franken unter der Hochrechnung. Ohne diese Steuererträge wäre die Stadt Dübendorf in einer schwierigen Ausgangslage. Die Investitionsrechnung bleibe einmal mehr markant unter dem Voranschlag und tiefer als die Hochrechnung. Grund dafür seien Verzögerungen und weniger Investitionen im Bereich Tiefbauten, beim Bahnhof Stettbach, beim Bauhof, dem Alters- und Spitexzentrum sowie für Kanalsanierungen. Die verzinsliche Schulden hätten aufgrund des Resultates und eines Liquiditätsüberhanges um rund 10 Millionen Franken weiter reduziert werden können. Gegenüber der Hochrechnung habe sich die Laufende Rechnung nochmals um rund 1 Million Franken verschlechtert. Der Stadtrat könne seine Zielsetzung im Finanzplan 2009-2013 weit-





gehend erreichen: 1. Selbstfinanzierung von mindestens 100 % im 5-Jahresmittel (ja), 2. Stabilisierung bzw. weitere Reduktion der verzinslichen Schuld (ja), 3. Die (relativierte) Nettoschuld ist mittelfristig vollumfänglich abzubauen (möglich), 4. Begrenzung der Investitionen auf max. 60 Mio. in der Planperiode (möglich), 5. Kontinuität bei den jährlichen Investitionen (nein), 6. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (nein), 7. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (möglich). Zur Spezialfinanzierung der Freihaltezone: Am 27. Juli 1986 wurden Rückstellungen in der Höhe von 7 Millionen Franken gemacht. Innerhalb von fünf Jahren hätten diese Rückstellungen ausgelöst oder es hätte ein neuer Beschluss gefasst werden müssen. Innerhalb dieser Zeit wurden die Rückstellungen teilweise abgebaut. Von 1991 bis 2004 sei in dieser Sache nichts passiert. 2004 kam es zu einer Revisionsbemerkung, in der mindestens ein erneuter Beschluss des Stadtrates gefordert worden ist. In der Rechnung 2005 wurden 1,1 Millionen Franken der Rückstellung aufgelöst, wodurch noch 1,55 Millionen Rückstellungen verbleiben. Es gebe zwei Varianten: Entweder gebe es bis 2012 einen Antrag über die Umzonung des Grundstückes oder die Rückstellung werde aufgelöst. Er hoffe auf Akzeptanz dieser Lösungsvarianten bei den Revisoren und beim Parlament. Als Schlussbemerkung zum Hinweis der GRPK auf den Vermerk im Differenzenkommentar ‚zu tief budgetiert‘ könne er festhalten, dass der Stadtrat sich bemühe, genauer zu budgetieren. Der Stadtrat betreibe kein Fortschreiben des Voranschlages vergangener Jahre und budgetiere knapp ohne Reserven für Unvorhergesehenes.

#### Allgemeine Diskussion:

##### *Hans-Felix Trachsler (SVP):*

Als Beispiele dafür, dass Zeitreihen nicht beachtet würden, könne er die öffentliche Beleuchtung oder den Salzverbrauch anbringen. Wenn sich eine Aufgabe nicht ändere, dann müssten die Zahlen aus den Vorjahren in den Voranschlag einfließen, da eine deutliche Kostenreduktion nicht realistisch sei.

In der Detailberatung gibt es keine Wortmeldungen zu den einzelnen Teilen der Jahresrechnung.

#### Antrag Stadtrat / GRPK zur Jahresrechnung 2010:

1. Dem Gemeinderat wird beantragt die Jahresrechnung 2010 des Politischen Gutes und der Pensionskasse zu genehmigen.
2. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 5'545'149.47 wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion des Innern vom 10. Oktober 1984 dem Eigenkapital zugewiesen.

#### Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 37 Ja zu 0 Nein zu.

#### Beschluss:

1. Die Jahresrechnung 2010
  - des Politischen Gutes
  - der Pensionskasse der Stadt Dübendorfwird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 5'545'149.47 wird dem Eigenkapital gutgeschrieben. (gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion des Innern des Kantons Zürich vom 10. Oktober 1984)



## 12. Sechs Bürgerrechtsgesuche

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) erklärt, dass die Bürgerrechtskommission (BRK) die vorliegenden Anträge geprüft habe. Die BRK empfehle alle Gesuche einstimmig zur Annahme. Deshalb werde auf Referate von Seiten der BRK verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse.

### 12.1. de Lippe Gabriele sowie das Kind Tristan, deutsche Staatsangehörige, Lerchenweg 2, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 51/2011

#### Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 27 zu 1 Stimmen zu.

#### Beschluss:

1. DE LIPPE Gabriele Birgitt, deutsche Staatsangehörige, geboren am 5. Juni 1959 in Köln (Deutschland), geschieden, Sourcing Manager, sowie das Kind DE LIPPE Tristan Leonard John, geboren am 20. Januar 2000 in Zürich (ZH), wohnhaft Lerchenweg 2, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

### 12.2. Carafoli Ernesto, italienischer Staatsangehöriger, Tennmoosstrasse 40a, Gockhausen / Genehmigung Geschäft Nr. 56/2011

#### Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 28 zu 1 Stimmen zu.

#### Beschluss:

1. CARAFOLI Ernesto, italienischer Staatsangehöriger, geboren am 14. Oktober 1932 in Sedegliano (Italien), verwitwet, Professor (emeritiert), wohnhaft Tennmoosstrasse 40a, Gockhausen, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

### 12.3. Pereira Rosa Maria sowie das Kind Murta Pereira Tiago, portugiesische Staatsangehörige, Kunklerstrasse 11, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 57/2011



## Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 1 Stimmen zu.

## Beschluss:

1. PEREIRA geb. Murta Do Sacramento Rosa Maria, portugiesische Staatsangehörige, geboren am 23. Januar 1966 in Cantanhede (Portugal), verheiratet, Postangestellte und Buffet-Aushilfe, wohnhaft Kunklerstrasse 11, 8600 Dübendorf, sowie das Kind MURTA PEREIRA Tiago, geboren am 10. April 2000 in Uster (ZH), werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## **12.4. Aho Thomas, Ahlstrand Ann sowie das Kind Aho Amanda, schwedische Staatsangehörige, Gfennstrasse 14c, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 66/2011**

## Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 31 zu 1 Stimmen zu.

## Beschluss:

1. AHO Rolf Thomas, schwedischer Staatsangehöriger, geboren am 18. September 1962 in Jukkasjärvi (Schweden), verheiratet, Informatiker, und seine Ehefrau AHLSTRAND Ann Ingrid, schwedische Staatsangehörige, geboren am 19. März 1962 in Overlulea (Schweden), verheiratet, Einkäuferin, sowie das Kind AHO Amanda Sofia, geboren am 18. Dezember 1992 in Skarnäck (Schweden), wohnhaft Gfennstrasse 14c, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## **12.5. Djalovic Nikola, serbischer Staatsangehöriger, Stettbachstrasse 40, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 67/2011**

## Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 2 Stimmen zu.

## Beschluss:

1. DJALOVIC Nikola, serbischer Staatsangehöriger, geboren am 12. März 1981 in Kragujevac (Rep. Serbien), ledig, Zusteller, wohnhaft Stettbachstrasse 40, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## **12.6. Emini Atip sowie das Kind Bilon, mazedonische Staatsangehörige, Überlandstrasse 235, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 68/2011**

### Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 22 zu 3 Stimmen zu.

### Beschluss:

1. EMINI Atip, mazedonischer Staatsangehöriger, geboren am 1. März 1967 in Miletino (Mazedonien), verheiratet, Koch, sowie das Kind EMINI Bilon, geboren am 11. August 2000 in Zweisimmen (BE), wohnhaft Überlandstrasse 235, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) teilt mit, dass das Büro des Gemeinderates an der Sitzung vom 15. August 2011 darüber entscheiden werde, ob die nächste Gemeinderatssitzung am Montag, 5. September 2011 oder am Montag, 3. Oktober 2011 stattfinden wird. Gemäss Art. 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates werde er im Anschluss an die Sitzung des Büros für die nächste Sitzung des Gemeinderates einladen.

### Einwände gegen die Verhandlungsführung:

*Orlando Wyss (SVP):*

Hans Baumann habe im Rahmen einer Fraktionserklärung sein Postulat zurückgezogen. Meistens werde gefragt, ob es Änderungen zur Traktandenliste gebe. Da dies nicht gefragt worden sei, hätte er eigentlich zum Postulat reden können müssen. Er verstehe jedoch den Rückzug des Postulates.

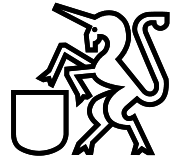
*Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP):*

Er nehme diese Aussage zu Kenntnis und sei der Meinung gewesen, dass der Rückzug eines Postulates durch den Erstunterzeichner jederzeit möglich sei. Mit dem Rückzug des Postulates sei für ihn das Geschäft abschliessend behandelt gewesen, so dass es keine Diskussion mehr über das Geschäft gebe. Sollte er damit einen Fehler gemacht haben, so bitte er diesen zu entschuldigen.

---

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

---



## **Für die Richtigkeit**

Marcel Amhof  
Gemeinderatssekretär

## **Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Rolf Biggel  
Gemeinderatspräsident

Patrick Schnider  
Stimmzähler

Benedikt Stockmann  
Stimmzähler

Jacqueline Hofer  
Stimmzählerin